

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
24.
SITZUNG

22. 4. 1975

Presidente: NICOLODI

Vicepresidente: OBERHAUSER

Indice

**Celebrazione della Resistenza nel trentennale
della Liberazione e delle Autonomie locali**

pag. 3

Inhaltsangabe

**Feier der Widerstandsbewegung am 30. Jahrestag
der Befreiung der Wiedergewinnung der
örtlichen Selbstverwaltungen einberufen**

Seite 3

Ore 10.35.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.
Appello nominale.

TANAS (Segretario questore -
P.S.D.I.): (fa l'appello nomina-
le).

PRESIDENTE: Inizia la seduta
con l'unico punto all'ordine del
giorno: "Solenne celebrazione del-
la Resistenza nel trentennale
della Liberazione e delle Autono-
mie Locali".

Diamo la parola al Vicepresidente
del Consiglio regionale cons.
Karl Oberhauser che terrà il di-
scorso in lingua tedesca.

VIZEPRÄSIDENT OBERHAUSER (S.V.D.):
Ehrenwerte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Behörden und Gäste! Meine Damen und Herren!

Die Erinnerung an den 30. Jahrestag der Befreiung von der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur in mehreren Staaten Europas will nicht alte Wunden aufreißen, sondern, im Gegenteil, durch ein unentwegtes Eintreten für die Wahrheit den heilenden und versöhnlichen Kräften auf beiden Seiten dienen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß alle politischen Kräfte gewillt sind, die geschichtlichen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Es ist auch Aufgabe dieser Feier, alle jene geschichtlichen Irrtümer, Fehlmeinungen und bewußten Fälschungen wieder in das richtige Lot zu rücken. Dadurch soll eine Ausgangsstellung gewonnen werden, die es uns möglich macht, offen und unvoreingenommen, aus der Sicht unserer Tage heraus, diese geschichtlichen Tatbestände hinzunehmen und gegenseitig jenes Vertrauen zu schaffen, das die Voraussetzung für ein gedeihliches Verhältnis zueinander ist. Dieses Geschichtsbild bedarf in vielen Belangen einer gründlichen Korrektur.

Diese Feier soll keineswegs nur eine reine Anklage werden. Sie soll aber das Unrecht, das Südtirol geschehen ist, klar und überzeugend darstellen.

Südtirol ist Unrecht geschehen, eine ganze Kette von Unrecht ist über dieses Land hereingebrochen, ein Unrecht, an dem die Menschen dieses Landes keine Schuld tragen.

Es gibt wohl kaum ein Land in Europa, in dem dieses Unrecht

so offensichtlich geworden ist wie in Südtirol. Dieses Unrecht ging von politischen Kräften aus, auf die man im Lande selbst keinen oder kaum einen Einfluß nehmen konnte. Niemand hat sich um den Willen dieser Menschen, um ihr Recht, um ihre Freiheit gekümmert.

Man sagt, Unrecht verjährt nicht. Das mag richtig sein. Aber es geschieht damit etwas viel Ärgeres: Unrecht wird vergessen. Damit aber wird es stillschweigend aufgehoben.

Es ist eine der Aufgaben dieser Feier, dieses Unrecht den Menschen unserer Zeit, wo immer sie stehen mögen, wieder in Erinnerung zu rufen.

Die faschistische Devise, die vom Anfang bis zum Ende die faschistische Epoche beherrschte, war die gewaltsame Ausrottung des Deutschtums in Südtirol. Die Geschichte Südtirols in der Ära des Faschismus ist deswegen die Geschichte eines Volkes, das unter dem Joch einer totalitären Staatsgewalt in den Ketten einer zwanzigjährigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterdrückung und Verfolgung zu leiden hatte. Die Geschichte aber auch eines Volkes, das durch den Widerstand gegen die faschistische Entnationalisierungspolitik im treuen Bekenntnis zum angestammten Volkstum die Ideale der Freiheit verteidigt hat.

Wie hinreichend bekannt, wurde die offizielle Verkündigung des Italienisierungsprogrammes Mussolinis an Ettore Tolomei übertragen, jenem Manne, der - ich zitiere - "die raffiniertesten Mittel ersann, um die nationalen Minderheiten in Italien zu martern" (G. Salvemini,

Mussolini diplomatico, Bari 1952, S. 439). Tolomei vereitelte u.a. die Verständigung, die sich im Februar 1923 zwischen dem Deutschen Verband und den Faschisten von Bozen anbahnte und die den Südtirolern die Bewahrung ihrer nationalen Eigenart auch für die Zukunft garantieren sollte. Der Große Faschistische Rat verwarf auf Intervention Tolomeis diesen "modus vivendi" und faßte einen von Tolomei inspirierten Beschluß, der die faschistisch-nationalistische Konzeption der künftigen Südtirolpolitik schon eindeutig aufweist (B. Schloh, Italiens Politik in Südtirol 1919 bis 1945, S. 302). Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut: "Sulla base posta dal Governo Fascista - Provincia unica di Trento - i tedeschi dell'Alto Adige devono intendere che il Governo Fascista, pur col rispetto delle credenze e dei costumi e col proposito della pacifica convivenza delle due stirpi, non intende affatto di dare quelle garanzie di perpetuità del germanesimo nella regione atesina che sono state richieste per opera del "Deutschen Verband" ai governi passati. Anzi spalancò le porte all'italianità che sale e che si afferma naturalmente, e favorisce con ogni forma di penetrazione l'assimilazione di questa terra di frontiera nella grande unità della Nazione" (E. Tolomei, Memorie di vita, Roma 1948, S. 454).

Nationale Durchdringung und Assimilierung dieses Grenzgebietes - das war also von Anfang an auch das Bestreben der faschistischen Regierung - und in Tolomei fand sie einen leidenschaftlichen Verfechter dieser

verbrecherischen Idee. Die Realisierung dieser Idee betrieb Tolomei zunächst auf publizistischer Basis. Dabei konnte er sich von langer Hand her vorbereiteter Vorarbeit bedienen. Schon im Jahre 1906 hatte er in Trient das "Archivio per l'Alto Adige" gegründet, ein Organ, durch welches er in den folgenden Jahren in zahllosen pseudo-wissenschaftlichen und geschichtsverfälschenden Analysen und Beiträgen den Anspruch Italiens auf Südtirol zu beweisen und zu untermauern versuchte. Den detaillierten Inhalt dieser bisher vorwiegend publizistischen Tätigkeit verkündete Tolomei am 15. Juli 1923 auf einer Kundgebung im Stadttheater von Bozen. Es war sein Italienisierungsprogramm, das dann von der Regierung zu dem ihren gemacht wurde und welches die bekannten berücksichtigten 32 Punkte umfaßte, womit man Südtirol ein für allemal den Todesstoß zufügen wollte.

Mit Recht schreibt die Niederländerin De Block, daß dieses Programm den Südtirolern nicht nur die Gleichberechtigung entzog, "schlimmer noch, es brachte sie in eine vollständige Ausnahmestellung" (De Block, Südtirol, S. 61). Ein französischer Kommentator, Lengereau, fügt der Wiedergabe dieses Programms eine Anmerkung an, in der er schreibt - um dem heutigen Hörer das Außerordentliche des Tolomeischen Entnationalisierungsprogrammes vor Augen zu führen -, daß dieses nichts Geheimenes an sich gehabt habe und in der gesamten damaligen Presse veröffentlicht und behandelt worden sei (Lengereau, La Question du Tyrol du Sud, 1960, S. 92, Anm.

51). In der Tat proklamierte hier ein Staat offen die "Einschmelzung" einer Minderheit, während zur gleichen Zeit der Völkerbund den internationalen Schutz anderer Minderheiten als eines seiner Ziele ansah.

Die Durchführung des Italienisierungsprogrammes wurde sofort in Angriff genommen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wurden fast alle Punkte "erfüllt". Die "Durchführungsgeschwindigkeit" war damals wirklich beachtlich! Dabei wurden durchaus einzelne Punkte abgeändert und neue Maßnahmen hinzugefügt, wenn das erforderlich schien, um den obersten Zweck, Südtirol italienisch zu machen, besser zu erreichen.

Auf dem Gebiete der Verwaltung sollte Südtirol mit dem Trentino in einer Einheitsprovinz zusammengefaßt werden, um den Südtirolern kein eigenes Verwaltungsgebiet zuzugestehen, in welchem sie die Mehrheit haben würden. Da das Trentino mehr Einwohner hatte als Südtirol, war mit der Einrichtung einer einzigen Provinz sichergestellt, daß sie eine italienische Mehrheit hatte. Hieraus wird verständlich, warum Tolomei schon vor dem ersten Weltkrieg in seinem Jahrbuch "Archivio per l'Alto Adige" immer die "provincia unica" gefordert hatte. Aber obwohl der Gedanke der Einheitsprovinz für die Italienisierung so grundlegend gewesen ist, hat sich diese Einrichtung nicht lange gehalten. Einerseits zeigte sich, daß auch die Trentiner nicht völlig dem römischen Zentralismus (Vollweiler, Der Staats- und Wirtschaftsaufbau im faschistischen Italien, 1938) unterworfen sein

wollten, andererseits konnte die inzwischen gefestigte faschistische Diktatur später offenen Ausnahmemaßnahmen gegen die Südtiroler ergreifen, bei deren Ausführung die Verbindung Südtirols mit dem Trentino nur hinderlich war. Dies führte dazu, daß die Entscheidung von 1923 nur vier Jahre später umgestoßen wurde: Mit kgl. Dekret vom 2.1.1927, Nr. 1, wurde Südtirol eine eigene Provinz. Das Bozner Unterland jedoch verblieb weiterhin bei Trient und wurde erst im Jahre 1943 durch die Deutschen mit Südtirol vereinigt, 1945 jedoch von Italien sofort wieder abgetrennt und erst wieder im Jahre 1948 im Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol neuerdings mit Südtirol vereinigt.

Die Ernennung italienischer Gemeindesekretäre, ein weiterer Punkt des Italienisierungsprogrammes, sollte auch die gemeindliche Selbstverwaltung der Südtiroler vernichten. Der Präfekt hatte mit kgl. Dekret vom 16.4.1925, Nr. 667, das Recht, die Sekretäre zu ernennen und zu versetzen. Es waren meistens Italiener, überzeugte Faschisten, welche erst kürzlich nach Südtirol gekommen waren und die nun die italienischen Gesetze mit aller Härte anwandten. Da viele Gemeinden zu klein waren, um einen hauptamtlich angestellten Gemeindesekretär zu haben, wurden sie zu Gemeindezwangsverbänden zusammengeschlossen. Den Rest ihrer Selbstverwaltung verloren die Gemeinden durch das mit kgl. Dekret vom 4.2.1926, Nr. 237, eingeführte Amtsbürgermeister (Podestà)-System.

Im Frühjahr 1923 wurden für Südtirol italienische Ortsnamen

eingeführt (vgl. Dekret vom 28. März 1923, Nr. 800). Keine Zeitung, kein Fremdenführer und keine Ansichtskarte durften die hergebrachten Südtiroler Ortsnamen enthalten, nicht einmal in Klammern. Die neuen Ortsnamen gehen auf Tolomei zurück, der sie schon vor dem ersten Weltkrieg geprägt hatte, um durch ihren Gebrauch die "Italienität" des Gebietes bis zum Brenner zu "beweisen". Manche Namen sind simple Übersetzungen der deutschen Bezeichnungen, manche einfache Italienisierungen durch Anhängen einer italienischen Endung (Brennero), andere gar nur die Übertragung eines annähernden Lautwertes der ursprünglichen Bezeichnung, ohne daß ein Sinngehalt zu erkennen ist (Burgstall in Postal). Schließlich durften nur noch italienische Straßen- und Wegbezeichnungen benutzt werden.

Im Herbst 1923 wurde in Südtirol die italienische Amtssprache eingeführt. Dabei ist es bemerkenswert, daß dies weder durch Gesetz noch durch kgl. Dekret geschehen ist, sondern durch ein einfaches Dekret des Präfekten. Nach dem Gemeinde- und Provinzialgesetz von 1915, dem Vorgänger des späteren Einheitstextes von 1934, war der Präfekt berechtigt, "im Dringlichkeitsfalle Vorkehrungen zu treffen, die er in den verschiedenen Dienstzweigen für unerlässlich hält" (Art. 3 Ges. vom 2. Februar 1915, Nr. 148). Und der damalige Präfekt Guadagnini hatte es verdammt eilig, das Italienische als ausschließliche Amtssprache zu dekretieren. Von da an war den Südtirolern der Gebrauch der Muttersprache in und mit den Ämtern verboten. Im

Gefolge der Einführung der italienischen Amtssprache wurden die deutschsprachigen Verwaltungsbeamten, noch dazu ohne Wahrung ihrer Rechte, entlassen; dies wurde damit begründet, daß sie die Amtssprache nicht oder nicht vollständig sprächen. Es wurden dann auch keine Südtiroler mehr als Beamte eingestellt. Damit wurde Südtirol seiner führenden Verwaltungsschicht beraubt. Auf der anderen Seite war es der Zweck dieser Maßnahme, die Zuwanderung von italienischen Beamten aus den alten Provinzen zu fördern, die bereit waren, unter allen Umständen das Programm der Italienisierung des Landes durchzuführen.

Die italienische Gerichtssprache wurde mit kgl. Dekret vom 15.10.1925, Nr. 1796 eingeführt. Danach war in allen Zivil- und Strafsachen ausschließlich die italienische Sprache zu verwenden, was dazu führte, daß Strafverfahren in italienischer Sprache durchgeführt wurden, welche die Südtiroler Angeklagten nicht verstehen konnten. Da auch für das Geschworenennamt die Kenntnis der italienischen Sprache verlangt wurde, fanden die Südtiroler auch zu dieser wichtigen Funktion immer weniger Zugang.

Wie im Bereich der Verwaltung, so war Italien auch auf anderen Gebieten darauf bedacht, die Südtiroler zu isolieren und zu kontrollieren, während gleichzeitig der italienische Einfluß verstärkt wurde. Hier ist zuerst die Revision der Optionen zu nennen. Nach der Annexion Südtirols konnten die Südtiroler für den Erwerb der italienischen Staatsangehö-

rigkeit optieren. Die Revision dieser Option sollte dazu dienen, Personen, denen die italienische Staatsangehörigkeit nicht verliehen bzw. aberkannt worden war, ausweisen zu können. Im Jänner 1926 wurde ein Gesetz über den Widerruf von Optionen erlassen, wonach einem Optanten, der sich infolge seines politischen Verhaltens als "unwürdig" für die italienische Staatsbürgerschaft erwiesen hatte, diese aberkannt werden konnte. Damit war der Weg geschaffen, die politischen Führer der Südtiroler auszuweisen oder unter Druck halten zu können.

Die Revision der Volkszählung bezog sich auf die erste Zählung unter italienischer Oberhoheit im Jahre 1921. In einer zweiten und teilweise dritten Zählung wurden durch italienische Kommissionen "Verbesserungen" vorgenommen, wobei, besonders im Bozner Unterland zahlreiche Familien mit italienischen Familiennamen, aber deutscher Muttersprache, als Italiener eingestuft wurden. Dies wird heute auch von offiziöser italienischer Seite zugegeben (Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, Milano, Broschüre "Alto Adige" 1957, S. 15).

Im Jänner 1926 wird ein kgl. Dekret erlassen, das eine schwere Verletzung des Rechtes eines jeden Staatsbürgers auf den unveräußerlichen Besitz des angestammten Familiennamens bedeutete: das Dekret über die Italienisierung der deutschen Familiennamen der Südtiroler. Nach dem Verbot des Namens "Tirol" und der Italienisierung der deutschen Ortsnamen stellt es einen weiteren Schritt dar, dem Lande wenigstens äußerlich die

Maske der Italienität aufzusetzen (A. Gruber, Südtirol unter dem Faschismus, S. 37). Insgesamt wurden etwa 1000 Familiennamen italienisiert, so daß es später im Pariser Vertrag vom 5. September 1946 erforderlich wurde, als eines der den Südtirolern insbesondere zu gewährenden Rechte ausdrücklich anzuführen: das Recht, die deutschen Familiennamen, die in den letzten Jahren italienisiert wurden, wiederherzustellen.

Der Verstärkung des italienischen Einflusses dienten die Begünstigungen der Einwanderung und des Erwerbes von Grundstücken durch Italiener, wobei einerseits bei allen staatlichen und halbstaatlichen Unternehmungen fast ausschließlich Italiener angestellt und andererseits besondere Bodenerwerbserleichterungen für italienische Frontkämpfer geschaffen wurden.

Die italienische Sprache und Kultur wurden durch Vorträge, Büchereien, "wissenschaftliche Forschungsarbeiten" zur Südtirolfrage usw. staatlich gefördert. Hier ist das von Tolomei mit größtmöglicher staatlicher Förderung eingerichtete "Istituto di studi per l'Alto Adige" in Bozen zu erwähnen, das mit seinem Jahrbuch "Archivio" eine Geschichts- und Literaturfälschung ohne gleichen publizierte.

Das Schulwesen in Südtirol war bislang durch die lex Corbino geregelt gewesen, wodurch besonders im Bozner Unterland italienische Schulen eingerichtet und Südtiroler Kinder darin eingeschult worden waren. Im Oktober 1923 verkündete Italien das neue Schulgesetz Nr. 2185 - lex Gentile -, wonach mit Be-

ginn des Schuljahres 1923/24 in allen ersten Klassen der fremdsprachigen Volksschulen der Unterricht in der italienischen Sprache zu erteilen war. Dieses System sollte jährlich eine neue Klasse erfassen, so daß nach etwa acht Jahren der Unterricht gänzlich italienisch sein würde.

Die Südtiroler hatten keine rechtlichen und vor allem keine wirksamen Möglichkeiten, sich gegen dieses Programm zu wehren. Die völlige Italienisierung war das offizielle Ziel des faschistischen und diktatorischen Staates. Die deutschsprachige Bevölkerung leistete in dieser hoffnungslos scheinenden Lage mit verbissener Zähigkeit passiven Widerstand. Kanonikus Michael Gamper gründete und förderte die sogenannten "Katakombenschulen", wo die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet wurden. Im Bozner Unterland leitete der Rechtsanwalt Dr. Josef Noldin die Organisation des Geheimunterrichtes, wofür er auf die Insel Lipari verbannt wurde, wo er sich eine todbringende Krankheit zuzog, an der er im Dezember 1929 auch starb.

Der Geheimunterricht hat auch von Angela Nicoletti das Opfer ihres jungen Lebens gefordert.

Ohne Zweifel hat der Faschismus in Südtirol sehr viel zerschlagen. Er hat den deutschen Beamtenstand fast vollständig ausgerottet. Er hat eine ganze Generation geistig entwurzelt. Aber an das Fundament des Volkstums der Südtiroler ist er nicht herangekommen.

Südtirol stellt ein leuchtendes Beispiel dafür dar, wie ein Volk durch die Verteidigung sei-

ner Muttersprache seine geistige Eigenart erhalten konnte. Die Muttersprache blieb für das Südtiroler Volkstum ein mächtiger Wall, der allen Zugriffen der Gewaltpolitik widerstand.

Was allerdings für die junge Generation verhängnisvoll wurde, war die Ausmerzung der Geschichtskennntnis über das eigene Volk. Neben den religiösen Bildungskräften ist die Geschichte für die Formung des jungen Menschen einer der bedeutendsten Bildungsfaktoren. "Die Jugend Südtirols ist wohl aus dem österreichischen Kulturkreis herausgerissen worden", wie Hochw. Josef Ferrari sich ausdrückte, "sie ist aber nicht in den italienischen Kulturkreis hineingewachsen. Kultur kann allein nach den Gesetzen des Geistes wachsen, niemals aber kann sie ein Exportartikel auf dem Markte politischer Spekulationen werden".

Die Südtiroler Presse wurde staatlichen Kontrollen unterworfen: sie mußte bestimmte italienfreundliche Artikel bringen, ihre Redakteure wurden verwarnt, wenn sie staatliche Willkür beim Namen nannten, und das bedeutete Abschubgefahr und Schreibverbot; zeitweilig war die deutsche Presse ganz verboten, und schließlich machte ab 1925 eine staatliche Vorzensur aller Kritik ein Ende. Die deutschen Alpenvereine wurden aufgelöst beziehungsweise in den italienischen Club Alpino übergeführt. In ähnlicher Weise verfuhr man mit den Südtiroler Vereinigungen kultureller und sportlicher Art (Museumsverein Bozen, Turnvereine). Das Denkmal Walthers von der Vogelweide wurde in einem abgelegenen Park abgestellt. Dafür aber

wurden "Monumente der Italiennität" wie das Siegesdenkmal und das Finanzamt in Bozen errichtet, an welchen man heute noch die faschistischen Embleme sehen kann.

Eine der vielen Einzelmaßnahmen verbot auch die privaten deutschen Aufschriften und Bezeichnungen, denn Südtirol sollte nur mehr italienisch aussehen. Dieses Verbot erstreckte sich sogar auf die Friedhöfe. Das Präfekturdekret von 1923 bestimmte, daß es auf Grabinschriften und Inschriften religiösen Inhaltes keine Anwendung finde. Aber vier Jahre später verfügte das Dekret vom 16. November 1927, daß auch die Grabinschriften lediglich in italienischer Sprache abgefaßt werden durften.

Auch im Bereich der Wirtschaft wurde im Sinne des Italienisierungsprogrammes vorgegangen. Sowohl bei der Handelskammer wie bei den landwirtschaftlichen Körperschaften traten italienische Einrichtungen mit italienischem Personal aus den alten Provinzen an die Stelle der heimischen Organisationen. Die deutschen Banken wurden durch Verwaltungsmaßnahmen in ihrer Tätigkeit behindert, gleichzeitig neue italienische Geldinstitute geschaffen bzw. angesiedelt, so daß auch das Geldwesen bald von den Italienern kontrolliert wurde.

Das faschistische Regime versuchte alles, um eine Intervention des Auslandes zu Gunsten der Südtiroler zu verhindern und ihnen Schutz und Rückhalt von außen zu verwehren. In diesem Bemühen kam Mussolini auch der nationalsozialistische Partner zu Hilfe. Schon im Jahre

1927 verfaßte Hitler eine fast unbekannt gebliebene Broschüre "Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem", die bis auf das Vorwort 1927 in den zweiten Band von "Mein Kampf" übernommen wurde. Darin ließ Hitler sichtbar werden, daß er Südtirol dem Bündnis mit Italien opfere. Im April 1927 erklärte Hitler dezidiert: "Die Südtiroler müssen einsehen, daß sie hinter dem Schicksal des Gesamtvolkes zurückstehen und die Brücke zwischen Italien und Deutschland bilden müssen". Und im Sommer 1932 erklärte derselbe Hitler im Braunen Haus in München, wie Hermann Rauschning aufgezeichnet hat: "Ich werde auch mit der albernen Südtiroler Sentimentalität ein Ende machen. Ich denke nicht daran, mich jemals durch diese Frage in der Grundlinie unserer Politik, in einem Bündnis mit Italien, beirren zu lassen. Ich werde mich nicht durch noch so ehrwürdige Erinnerungsstücke unserer Vergangenheit verleiten lassen, eine politische Torheit zu begehen".

Etwa ab 1930 erreichte Italien tatsächlich was es wollte: Die Welt war zu sehr mit sich beschäftigt, als daß man sich noch viel um Südtirol gekümmert hätte. Die Weltwirtschaftskrise, das innerpolitische Durcheinander in Deutschland und Österreich, die Errichtung des "Dritten Reiches" in Deutschland und die Anlehnung Österreichs an Italien aus außenpolitischen Gründen, um seine Unabhängigkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland zu bewahren, alles das führte dazu, daß Italien in seiner Südtirolpolitik durch andere Staaten nicht

"gestört" wurde.

Zusammenfassend läßt sich daher wohl sagen, daß die Durchführung der auf Assimilierung der Südtiroler gerichteten harten italienischen Südtirolpolitik ab 1923 bis zum Ende der zwanziger Jahre erfolgt war und daß die dreißiger Jahre nur die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen bedeutete. Allerdings mit einigen Einschränkungen: bis zur Mitte der dreißiger Jahre mag Mussolini geglaubt haben, durch die Vielfalt seiner Unterdrückungsmaßnahmen schließlich einmal aus Südtirolern Italiener machen zu können. Diese Annahme erwies sich als unrichtig. Daraufhin begann die italienische Regierung in Südtirol italienische Industriebetriebe einzurichten, um auf diese Weise in entscheidendem Ausmaß Italiener ins Land zu bringen, weil diese Betriebe natürlich nur italienische Arbeitskräfte beschäftigen durften. So entstand zum Beispiel auch die "Industriezone Bozen", wodurch die Stadt Bozen in wenigen Jahren die Stadt Trient an Einwohnern überholte. Die Zweckbestimmung der "Industriezone" als ein Mittel der Italienisierung ist später von De Gasperi selbst im August 1945 in einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Byrnes zugegeben worden. (De Block, S. 108 - auch wiedergegeben in: *Il Trattato di Pace con l'Italia, Introduzioni e note di Giannini e Tomajuoli*, 1948, S. 80-84). Daneben verdient die Errichtung des "Ente di Riscelta Agraria" erwähnt zu werden, mit weitgehenden Vollmachten zur Enteignung von bäuerlichem Landbesitz, um damit die Südtiroler Bauern zu verdrängen. Die-

se Körperschaft wurde 1937 in das "Ente per le tre Venezie" umgewandelt.

Schließlich trat zu allen Italienisierungsmaßnahmen, welche das Land immer noch nicht italienisch gemacht hatten, in den Jahren 1938-39 noch der Plan hinzu, das Problem durch eine Aussiedlung der Südtiroler "radikal" zu lösen. Der Plan hieß "Option und Umsiedlung".

Mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom Jahre 1939 über die Umsiedlung der Südtiroler wäre - hätten sich die Intentionen der faschistisch-nazistischen Machthaber erfüllt - das Schicksal dieser nationalen Minderheit in Italien besiegelt gewesen. Wäre den beiden Achsenmächten das Kriegsglück günstig gewesen, hätte nach dem 31. Dezember 1942 - der Endfrist für die Umsiedlung - Südtirol aufgehört zu existieren. Jene Südtiroler, die sich nicht für die Option entschieden hätten, wären infolge der Majorisierung einer raschen und endgültigen Entnationalisierung ausgeliefert gewesen. Die Umsiedlung eines Großteils der Südtiroler schien also den faschistischen Machthabern die Garantie für die Erreichung des seit ihrem Machtantritt im Jahre 1922 hartnäckig verfochtenen Zieles: vollständige Integration eines nationalen Fremdkörpers in das im Friedensvertrag von St. Germain neu fixierte italienische Staatsgebiet. Was mehr als zehn Jahre konsequent und radikal betriebene Assimilierungspolitik nicht vermocht hatte, sollte nun im Zuge der Majorisierungsbestrebungen durch diese "ultima ratio" erreicht werden. Das deutsch-ita-

lienische Umsiedlungsabkommen vom Juni 1939 wird von Tolomei in seinem "Archivio" als "la cosa più grande che sia stata intrapresa dalla guerra in qua per l'assimilazione dell'Alto Adige" und als "ideale, logische und definitive Lösung jeder europäischen Minderheitenfrage" gepriesen (AAA XXXIV, S. 27 und 527) und den faschistischen Machthabern geradezu als Erfüllung ihrer Entnationalisierungsbestrebungen erscheinen mußte. Allerdings eine furchtbare, eine grausame Erfüllung, die allein genügen mußte, ein Regime von der zivilisierten Menschheit zu diskreditieren (A. Gruber, Südtirol unter dem Faschismus, S. 23). Der Umstand, daß sich der Umsiedlungsplan erst unter direkter deutscher Einflußnahme konkretisierte und Italien 1939 lediglich mehr die Teilexpatriierung der Südtiroler anstrebte, befreit das faschistische Regime nicht von der Schuld an diesem Verbrechen gegen eine wehrlose nationale Minderheit. Der Faschismus wollte eine "Radikallösung". Das Ziel ist gottlob nicht erreicht, weil ein Volk durch seinen Widerstand gegen den Entnationalisierungsterror im treuen Bekenntnis zum angestammten Volkstum die Ideale der Freiheit verteidigt hat.

"Freiheit ist" - so Magnago in seiner Rede am 25. April 1971 in Bozen anlässlich des 50. Todestages von Lehrer Franz Innerhofer aus Marling - "ein kostbares Gut, aber auch das am meisten mißbrauchte Wort. Wir wollen daher mit dem hohen Begriff der Freiheit auch ganz konkrete Vorstellungen verbinden: Die Achtung vor der Würde des Men-

schen, das ist die Achtung vor seiner Person ohne Rücksicht auf seine geistigen Ansichten und seine religiösen und politischen Meinungen, das ist die Achtung vor seiner Person ohne Rücksicht auf seine soziale Stellung, das ist die Achtung vor seiner Person ohne Rücksicht auf seine sprachliche und volkstumsmäßige Zugehörigkeit. Immer aber bleibt der Gradmesser dafür, wie weit wir bereit sind, die Freiheit überhaupt zu verteidigen, unsere Bereitschaft, die Freiheit der Schwachen, die Freiheit der kleinen Gruppen, die Freiheit der Minderheiten zu verteidigen."

Der Wert dieser Worte ist inzwischen nicht kleiner geworden. Nur der verdient Freiheit und Leben, der bereit ist, sich täglich dafür einzusetzen, der bereit ist, sie täglich erobern zu wollen!

Die dramatische Geschichte der Option, in der ein Volk glaubt in höchster Not, angesichts der drohenden Vernichtung, auf sein angestammtes Land und seine Heimat verzichten zu müssen, um sein Volkstum bewahren zu können, ist noch nicht geschrieben.

Gestatten Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß ich mit aller gebotenen Kürze noch auf die Epoche nach dem 8. September 1943 bis zum Kriegsende zu sprechen komme.

Man hat über das Verhalten der Südtiroler in dieser Zeit die gehässigsten Lügen und die plumpesten Geschichtsfälschungen in die Welt gesetzt. Man hat die Südtiroler in dieser Zeit als glühende Anhänger des Nationalsozialismus hingestellt und diese Fälschungen werden in

italienischen Veröffentlichungen immer wieder aufgewärmt.

Sie scheinen leider auch 30 Jahre nach Kriegsende noch nicht abreißen zu wollen.

Im Jahre 1971 erschien ein Buch mit dem Titel "Die Autonomiefrage der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol" ("Il problema dell'autonomia per la minoranza di lingua tedesca dell'Alto Adige"). Sein Verfasser war der bekannte Kammerabgeordnete On. Giuseppe Vedovato, der auch schon einmal Präsident des Europarates war. Sie sehen also, daß es sich bei dem Verfasser nicht bloß um irgend jemanden, sondern um einen maßgeblichen Politiker des heutigen Italiens handelt.

In dem Buch Vedovatos lesen wir auf Seite 25: "Die deutschsprachige Volksgruppe Südtirols lieferte in jenen tragischen Umständen einen Beweis ihrer rassistischen Intoleranz und ihrer Zustimmung zu den nazistischen Idealen. Nach dem 8. September 1943 stellten die deutschen Behörden, gerade im Hinblick auf die nazifreundliche Einstellung einen Großteil der fremdstämmigen verschiedenen SS-Einheiten auf, die sich fast ausschließlich aus Südtirolern rekrutierten und vor allem dazu bestimmt waren, die Partisanengruppen zu bekämpfen.

Die erste Einheit dieses Types war das SS-Blizeiregiment Bozen - so Vedovato -, welches bis in die letzten Kriegstage gegen die italienischen Partisanen im Einsatz stand, die im Raume von Belluno operierten. Einheiten dieses Regimentes wurden auch während des Winters 1943/44 bei den berüchtigten

Säuberungen in Rom eingesetzt. Eine Einheit dieses Regimentes war es auch, welche die bestialische Vergeltungsmaßnahme gegen 320 zivile Geiseln auslöste, die in den Fosse Ardeatine bei Rom am 23. März 1944 hingemetzelt wurden".

On. Giuseppe Vedovato zählt dann noch die anderen Südtiroler Polizeiregimenter auf, das Regiment Schlanders, das Regiment Alpenvorland und das Regiment Brixen. On. Vedovato hat noch ein SS-Bataillon mit dem Namen "Waffen-SS-Niederland" erfunden, welches in Holland eingesetzt worden sei. Von der Aufstellung dieses Bataillons Niederland hat bis zur Veröffentlichung von Herrn Vedovato kein einziger Südtiroler auch nur eine Ahnung gehabt.

Wie verhielt es sich nun wirklich mit den sogenannten Südtiroler SS-Polizeiregimentern? Nach der Bildung der Operationszone Alpenvorland, welche die 3 Provinzen Bozen, Trient und Belluno umfaßte, erließ deren Oberster Kommissar, der Gauleiter Franz Hofer von Innsbruck, Verordnungen, durch welche die Bildung von Polizeiregimentern befohlen wurde. In der Verordnung Hofers vom 5. Jänner 1944 lesen wir im § 4 wörtlich: "Wer dem Befehle, sich zur Erfassung oder Musterung zu stellen oder wer dem Einberufungsbefehl nicht Folge leistet, sich demselben durch Flucht oder durch absichtlich herbeigeführte Schädigung der eigenen Gesundheit entzieht, oder sich zu entziehen versucht, wird mit dem Tode bestraft. In leichteren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren zuerkannt werden. Die

gleichen Strafen treffen auch die Mittäter. Bis zur Ergreifung der der Tat oder Mittäterschaft Beschuldigten können dessen Familienangehörige und zwar die Frau, die Eltern, die Kinder über 18 Jahre und die im gemeinsamen Haushalt mit dem Täter oder Mittäter lebenden Geschwister festgenommen werden."

Gauleiter und Oberster Kommissar Franz Hofer mußte also von der Begeisterung der Südtiroler für den Krieg des Dritten Reiches eine ganz andere Auffassung gehabt haben als sie On. Giuseppe Vedovato wahrhaben möchte. Wenn die Südtiroler wirklich von den nazistischen Idealen überzeugt gewesen wären, hätte Hofer nicht mit solchen drakonischen Strafen für den Fall der Nichtbefolgung des Einberufungsbefehles drohen müssen. Aufgrund dieser Verordnung hätte es den Südtirolern niemand übel nehmen können, wenn sie samt und sonders den Einberufungsbefehlen Folge geleistet hätten. Dies war aber trotzdem nicht der Fall. Dutzende von jungen Südtirolern entzogen sich dem Einberufungsbefehl durch die Flucht in die Berge. Hofer machte allerdings seine Drohung wahr und wir kennen nicht wenige Familien, die, in Durchführung dieses Geiselsystems, in Lager eingeliefert wurden. Dabei wurden auch Kinder unter 18 Jahren von der Verschleppung nicht ausgenommen.

Die vorhin genannten 4 Regimenter waren Polizeiregimenter. Die Tatsache allein, daß im März 1945, also im letzten Augenblick, vom Chef der deutschen Polizei aus Berlin ein Befehl eintraf, daß die Südtiroler Polizeiregimenter von nun an die

Bezeichnung SS-Polizeiregiment zu führen hätten, konnte unmöglich die Angehörigen dieser Regimenter zu freiwilligen SS-Polizisten stempeln.

Wir möchten nebenbei nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Polizeiregimenter Alpenvorland, Schlanders und Brixen sich zu einem Großteil, wenn nicht zu 2/3, aus Nichtoptanten für Deutschland zusammensetzten.

Ich möchte auch daran erinnern, daß das Polizeiregiment Brixen, welches an die russische Front geschickt wurde, die Eidesleistung auf Hitler verweigerte. Die Russen scheinen über die innere Einstellung dieser sogenannten SS-Polizei besser Bescheid gewußt zu haben als On. Vedovato. Ansonsten hätten sie nicht sämtliche Angehörige des bei Kriegsende in Gefangenschaft geratenen Regimentes noch im Jahre 1945 in die Heimat entlassen.

Wie haben sich nun die Angehörigen dieser Polizeiregimenter benommen?

Laut Vedovato hätten sie sich beim Partisaneneinsatz durch eine "besondere Härte" ausgezeichnet.

Ganz anderer Meinung war gleich nach Kriegsende der Bischof von Belluno. In einem Schreiben, das mir vorliegt, heißt es: "Die deutschen Soldaten aus der Provinz Bozen waren Soldaten, die unter Androhung strengster Strafen zu den Waffen gepreßt worden waren und sich mit allen nur möglichen Mitteln bemühten, die Verbrechen der Nazi-Faschisten zu verhindern."

Wir sind im Besitze von Berichten von Angehörigen der Polizeiregimenter, aus denen her-

vorgeht, daß diese Polizisten, durchwegs ältere Jahrgänge, alles eher als Nationalsozialisten waren. Überall, wo die Südtiroler Polizeiregimenter standen, herrschte ein gutes Verhältnis zwischen Bevölkerung und Soldaten. Dabei möchte ich keineswegs ausschließen, daß einzelne Angehörige dieser Regimenter sich auch Vergehen schuldig gemacht haben.

In dem oben zitierten Buch von Vedovato heißt es, ich wiederhole: "Daß das Polizeiregiment Bozen die bestialische Repressalie gegen 320 (in Wirklichkeit 335) zivile Geiseln, welche in den Fosse Ardeatine hingemetzelt wurden, hervorgerufen habe."

Die geschichtlichen Tatsachen sind wieder ganz andere. Als das in Rom stationierte Polizeiregiment Bozen am 22. März 1944 singend durch die Via Rasella marschierte, wurde es das Opfer eines heimtückischen Bombenanschlages. Dabei wurden 32 Soldaten des Polizeiregimentes Bozen, die sich nicht der geringsten Feindseligkeit oder Ausschreitung gegen die Bewohner Roms schuldig gemacht hatten, getötet und viele verwundet.

Das Attentat in der Via Rasella wurde von der höchsten italienischen Gerichtsbehörde als "Kriegshandlung" erklärt. Mit dieser Feststellung wurde aber nur auf juridischem Gebiet reiner Tisch gemacht, nicht aber auf moralischem.

Als nach Kriegsende die Zukunft unseres Landes vor dem internationalen Forum zur Debatte stand, scheuten sich italienische Politiker nicht, die Hinrichtung bei den "Fosse Ardeati

ne", der unsere ganz Abscheu gilt, als politisches Argument gegen das Verlangen der Südtiroler nach Selbstbestimmung anzuführen.

Vor und während der Friedensverhandlungen im Jahre 1946 wurde von italienischer Seite eine Darstellung verbreitet, wonach die Geiselerchießung in den Ardeatinischen Höhlen von den aus Südtirol stammenden Angehörigen des Polizeibataillons durchgeführt worden sei. Die Darstellung zielte darauf ab, die Südtiroler vor der Weltöffentlichkeit in Verruf zu bringen.

Die Propaganda wurde so geschickt geführt, daß sie auch Erfolge zeitigte. Unter anderem fand sie sogar bei einem Manne wie Sir Harold McMillan, seinerzeitiger englischer Hoher Kommissar für Nordafrika und später englischer Premierminister, Glauben, wie die Südtiroler aus einer Rede entnehmen mußten, die McMillan anlässlich der Südtirol-Debatte im englischen Unterhaus im Juni 1946 hielt.

Die Wahrheit brach sich schließlich eines Tages doch Bahn. Allerdings erst im Februar 1947 anlässlich des Prozesses gegen den gewesenen Feldmarschall Kesselring.

Die katholische Tageszeitung "Avvenire d'Italia" gab dazu am 21. Februar 1947 die Zeugenaussage des 20. Februars von Oberst Kappler, Kommandant der deutschen Geheimpolizei in Rom, wieder. Aus dieser geht hervor, daß die Durchführung der Vergeltungsmaßnahmen für das Attentat in der Via Rasella von General Meltzer (Stadtkommandant von Rom) dem Major Dobrich, Kommandant des Polizeibataillons, gegen welches das Attentat verübt

worden war, anvertraut wurde. Major Dobrich weigerte sich aber, den Befehl zur Erschießung der gewählten unschuldigen Opfer durchzuführen, indem er sagte, ich zitiere die eben erwähnte Tageszeitung - "seine Männer seien katholisch und noch dazu ältere Jahrgänge und würden es daher nicht über sich bringen, den Befehl durchzuführen."

Südtiroler waren also nicht an der Erschießung von den unschuldigen Geiseln bei den Fosse Ardeatine beteiligt.

Ich möchte nur noch als Ergänzung zu allen verleumderischen Behauptungen über das Verhalten der Südtiroler nach dem 8. September 1943 bis Kriegsende, ohne dabei Übergriffe einzelner abstreiten zu wollen, hinzufügen, daß uns 21 Südtiroler namentlich bekannt sind, welche von der Gestapo während dieser Zeit hingerichtet wurden.

Außerdem sind namentlich 166 Südtiroler bekannt, die wegen ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus in KZ-Lager eingeliefert wurden.

Weitere 144 Südtiroler saßen wegen ihrer Gegnerschaft zum Dritten Reich im Gefängnis.

Zugleich möchte ich auch jene Angehörigen der italienischen und ladinischen Volksgruppe würdigen, welche das Opfer der nationalsozialistischen Diktatur in dieser Zeitspanne wurden.

Ehrenwerte Damen und Herren!

Diese Feier würde an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn ich nicht auf den Widerspruch hinweisen würde, daß auch das demokratische Italien noch wenig Konkretes unternommen hat, um die faschistischen Symbole in Südtirol, die eigentlich für alle Demokraten beleidigend sind,

zu entfernen.

Darum kündige ich heute ein Votumsgesetz an, das die SVP in nächster Zukunft einbringen wird, in welchem vom Staat und allen zuständigen Behörden verlangt wird, daß die beleidigenden faschistischen Inschriften und Symbole, die uns in Südtirol noch täglich begegnen, entfernt werden.

Dabei hege ich die Überzeugung, daß der Regionalrat diesem Votumsgesetz zustimmen wird.

Die faschistische Ära war für sehr viele Italiener sicherlich eine sehr schwere Zeit, weil es unter einer Diktatur keine Freiheit gibt, weder Meinungsfreiheit noch Pressefreiheit; das Südtiroler Volk hatte unter dieser faschistischen Zeit noch weit mehr zu leiden, denn die Diktatur hatte sich zu sätzlich vorgenommen, uns als Volksgruppe auszurotten.

Um so mehr glauben wir, heute das Recht auf Freiheit genießen zu können. Was der Faschismus uns kultruelle angetan hat, verlangt nach Wiedergutmachung. Wir haben daher einen besonderen Anspruch auf kulturelle Förderung und Schutz von seiten des Staates, denn die Wunden, die der Faschismus geschlagen hat, sind noch lange nicht alle geheilt.

Zur Wiedergutmachung gehört auch, daß unter anderem die Durchführungsbestimmungen, was den "ethnischen Proporz" bei den Staatsstellen in Südtirol und die "Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache" anbelangt, ehestens in zufriedenstellender Weise verabschiedet werden.

Wenn uns heute auch verantwortliche Politiker Italiens absolut glaubwürdig versichern,

daß man längst von den Ideen und Methoden Tolomeis abgerückt ist und wir gerne zugeben, daß man in der Südtirolpolitik völlig neue Wege eingeschlagen hat, muß man doch feststellen, daß die Vergangenheit noch nicht ganz überwunden ist.

Wenn auch der 4. November als "Tag der bewaffneten Macht" erklärt worden ist und nicht mehr so sehr als Siegesfeier gedacht ist, so bedeuten die öffentlichen Feiern an diesem Tag vor Emblemen, die der Faschismus errichtet hat, doch eine Schockierung und eine Verletzung unserer Gefühle, die man bei etwas mehr gutem Willen respektieren müßte.

Nachdem nun seit dem 4. November 1924 mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist und das demokratische Italien bestrebt ist, in Südtirol ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen zu garantieren, sollte man solche Feiern anlässlich des "Tages der bewaffneten Macht" anderswo, und nicht vor den von mir erwähnten Denkmälern, abhalten: der 4. November kann für uns Südtiroler nicht ein Tag der Freude sein, wenn er es auch vielleicht für viele Italiener ist.

Wir wollen in diesem Moment aller Gefallenen, auf welcher Seite sie auch gekämpft haben, in Ehren gedenken.

Wir gedenken aber ebenso der Toten und der anderen Opfer der faschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur sowie jener, die in den faschistischen Gefängnissen und Verbannungsorten schmachteten und oftmals dauernde leibliche und seelische Schäden davongetragen haben.

Unsere Pflicht ist es heute, die wiedergewonnene Freiheit zu verteidigen, denn ein Frieden ohne Freiheit ist kein echter und dauerhafter Frieden und würde unweigerlich wieder zu neuen Auseinandersetzungen und Kriegen führen.

Unter Freiheit verstehen wir auch die freie und ungehinderte Entwicklung der deutschen und ladinischen Sprachminderheit.

Das Atomzeitalter kann nicht mehr mit engem, kleinräumigen Denken bewältigt werden. Neue Maßstäbe werden gesetzt, neue Wege öffnen sich, neue Bindungen werden geschaffen, die über Krisen und Konflikte vergangener Jahrzehnte hinwegführen.

Je stärker die einzelnen Staaten Europas aufeinander angewiesen sind und sich auch politisch nähern, sich auch ihrer sozialen Struktur nacheinander anpassen, desto mehr verlieren die Grenzen ihre trennende Funktion.

"Wir gedenken des Vergangenen ohne Bitterkeit", wie Dr. Magnago im April 1971 in Bozen vor dem Rathaus ausführte, "aber auch ohne Vergessen. Die Diktatur ist gebrochen, die Demokratie verspricht uns Freiheit und Recht. Der Weg war lang. Es muß uns eine ständige Mahnung bleiben, daß nur die Anwendung von diesem Geist den Frieden zwischen den Volksgruppen bringen kann. Diese Feier sei uns daher Mahnung, nie mehr schwach zu werden in der Verteidigung der Freiheit."

(Illustri Consiglieri, autorità ed ospiti, signore e signori!

La celebrazione in diversi Stati europei del trentennale della Liberazione dalla dittatura fascista e nazionalsocialista non vuole aprire vecchie ferite, ma, al contrario, servire - attraverso un costante impegno per la verità - alle forze riparatrici e conciliatrici di entrambe le popolazioni. Premessa per poter fare questo è tuttavia che tutte le forze politiche siano disposte a riconoscere i fatti della storia. E' compito altresì di questa cerimonia rimettere in giusta luce tutti gli errori commessi, le errate opinioni e quanto vi è di fasificante la storia, in modo da giungere ad un punto di partenza che ci permetta di accettare apertamente e senza preconcetti, alla luce dei nostri giorni, questi fatti storici e creare la fiducia reciproca, il presupposto per un rapporto proficuo. Questa parte di storia necessita di essere rivista a fondo in varie sue componenti.

Questa celebrazione non deve, in nessun modo, diventare una pura accusa, ma ricordare in maniera chiara e convincente le ingiustizie subite dal Sudtirolo.

Infatti, il Sudtirolo ha veramente subito una catena di ingiustizie, per le quali la popolazione non ha alcuna colpa.

Non esiste, o quasi, Paese in Europa, in cui ingiustizie si siano dimostrate così palesi come nel Sudtirolo. Esse sono partite da forze politiche, sulle

quali non era stato possibile - o quasi - influire. Nessuno si è interessato della volontà di questa popolazione, dei suoi diritti, della sua libertà.

Si dice, che le ingiustizie cadano in prescrizione. Questo può essere anche vero, ma quanto vi è di peggio è il fatto, che le ingiustizie vengono dimenticate e con ciò tacitamente annullate!

Uno dei compiti di questa celebrazione è quello di richiamare alla memoria delle genti del nostro tempo, da qualsiasi parte esse stiano.

L'insegna del fascismo, che ha dominato il periodo fascista dall'inizio alla fine, era la violenta eliminazione della natura, del carattere tedesco nel Sudtirolo. La storia del Sudtirolo nell'era fascista è pertanto la storia di un popolo che sotto il giogo della violenza dello Stato totalitario ha sofferto, per ben vent'anni, sotto l'oppressione e sotto la persecuzione politica, culturale ed economica. Ma è anche la storia di un popolo, che con la resistenza contro la politica fascista di snazionalizzazione ha difeso, in fedele riconoscimento ai propri valori ed alle proprie caratteristiche, gli ideali della libertà.

Come noto, l'annuncio del programma di italianizzazione di Mussolini è stato delegato a Ettore Tolomei, all'uomo cioè, che - cito testualmente - "ebbe ad escogitare i mezzi più raffinati per torturare le minoranze na

zionali in Italia" (citazione tratta da G. Salvemini, Mussolini diplomatico, Bari 1952, pag. 439). Tolomei fece, tra l'altro, fallire l'intesa che nel febbraio 1923 si era avviata tra il "Deutscher Verband" (Associazione rappresentativa dei Sudtirolesi) e i fascisti di Bolzano, intesa diretta a garantire ai sudtirolesi anche per il futuro la conservazione delle proprie caratteristiche nazionali. Con l'intervento di Tolomei, il Gran Consiglio del Fascismo ha respinto questo "modus vivendi", adottando una deliberazione ispirata da Tolomei e che evidenziava palesemente la concezione fascista e nazionalistica della futura politica per il Sudtirolo (B. Schloh, la politica italiana nel Sudtirolo, dal 1919 al 1945, pag. 302). Il testo di tale deliberazione era il seguente: "Sulla base posta dal Governo Fascista - Provincia unica di Trento - i tedeschi dell'Alto Adige devono intendere che il Governo Fascista, pur col rispetto delle credenze e dei costumi e col proposito della pacifica convivenza delle due stirpi, non intende affatto di dare quelle garanzie di perpetuità del germanesimo nella regione atesina che sono state richieste per opera del "Deutschen Verband" ai governi passati. Anzi spalancare le porte all'italianità che sale e che si afferma naturalmente, e favorisce con ogni forma di penetrazione l'assimilazione di questa terra di frontiera nella grande unità della Nazione" (E. Tolomei, Memorie di vita,

Roma 1948, pag. 454).

Assimilazione di questa terra di frontiera con ogni forma di penetrazione, questo era dunque sin dall'inizio l'obiettivo del Governo fascista, che in Tolomei ha trovato un accanito sostenitore di questa sciagurata idea. In un primo momento Tolomei ha iniziato a realizzarla sul piano della pubblicitaria, servendosi di un lavoro preliminare iniziato molto tempo addietro. Già nel 1906 egli aveva istituito a Trento l'"Archivio per l'Alto Adige", un organo attraverso il quale negli anni seguenti ha cercato di dimostrare e di sostenere, in numerose analisi e in numerosi contributi pseudoscientifici e falsificanti la storia, il diritto dell'Italia al Sudtirolo. Il contenuto dettagliato di questa attività svolta, fino a quel momento, prevalentemente sul piano pubblicitario è stato comunicato da Tolomei il 15 luglio 1923 durante una manifestazione presso il Teatro di Bolzano. Si trattava del suo programma di italianizzazione, recepito poi dal Governo, e che comprendeva i famigerati 32 punti, attraverso i quali si voleva dare una volta per tutte il colpo mortale al Sudtirolo.

Giustamente la olandese De Blok scrive nel suo libro che questo programma avrebbe non solo privato i sudtirolesi della parità di diritti, ma "peggio ancora, li avrebbe collocati in una posizione del tutto eccezionale" (De Blok, Südtirol, pag. 61). Un commentatore francese, Lenge-

reau, aggiunge alla riproduzione di questo programma un'annotazione in cui - per fare presente all'ascoltatore odierno l'eccezionalità del programma di snazionalizzazione di Tolomei - che in sé lo stesso non aveva nulla di segreto e che a suo tempo era stato pubblicato e commentato da tutta la stampa (Lengereau, La Question du Tyrol du Sud, 1960, pag. 92, nota n. 51). In effetti, questo programma proclamava apertamente il "totale e assoluto assorbimento" di una minoranza, mentre allo stesso tempo la Società delle Nazioni considerava quale uno dei suoi obiettivi la tutela internazionale di altre minoranze.

L'attuazione del programma di italianizzazione venne iniziata subito; nell'arco dei prossimi cinque anni quasi tutti i punti vennero "realizzati". I "tempi di attuazione" sono stati veramente rapidi! Singoli punti vennero modificati, vennero aggiunte nuove misure ove lo si considerava necessario, per potere meglio raggiungere il supremo scopo, quello cioè di italianizzare il Sudtirolo.

A livello amministrativo il Sudtirolo avrebbe dovuto venire riunito con il Trentino in una provincia unica, allo scopo di non concedere ai sudtirolesi un campo amministrativo proprio, nel quale avrebbero avuto la maggioranza. Dato che il Trentino aveva un numero di abitanti maggiore che l'Alto Adige, con l'istituzione di una provincia unica veniva nella stessa garantita una

maggioranza italiana. Ciò posto come base, diventa comprensibile come mai Tolomei, già prima della prima guerra mondiale, nella sua pubblicazione annuale "Archivio per l'Alto Adige" aveva ripetutamente chiesto la "provincia unica". Ma benchè per l'italianizzazione l'idea della provincia unica sia stata di fondamentale importanza, questa istituzione non ha avuto lungo respiro. Si è dimostrato infatti che mentre da una parte anche i trentini non intendevano assoggettarsi pienamente al centralismo di Roma (Vollweiler, Der Staats- und Wirtschaftsaufbau im faschistischen Italien, 1938 - ovvero: la struttura nazionale ed economica nell'Italia fascista) dall'altra, la dittatura fascista nel frattempo consolidatasi ha potuto in seguito adottare spertamente misure speciali contro i sudtirolesi, per la cui attuazione il collegamento del Sudtirolo con il Trentino era solo di impedimento. Ciò ha fatto sì che solo quattro anni più tardi la deliberazione del 1923 venisse annullata: infatti, con R.D. del 2/1/1927 n. 1 il Sudtirolo è divenuto una provincia a sé. La Bassa atesina è rimasta tuttavia con Trento e riunita al Sudtirolo solo nel 1943, con i tedeschi. Nel 1945 venne tuttavia immediatamente ancora staccata dall'Italia e riunita al Sudtirolo solo nel 1948, con lo Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige.

La nomina di segretari comunali italiani, un ulteriore punto del programma di italianizzazio-

ne, doveva distruggere anche l' autonomia comunale dei sudtirolesi. In base al decreto n. 667 del 16.4.1925, il prefetto aveva facoltà di nominare i segretari e di disporne il trasferimento. La scelta cadeva per lo più su italiani, fascisti convinti, che si erano trasferiti nel Sudtirolo soltanto da poco e che ora applicavano rigorosamente le leggi italiane. Dato che molti comuni erano troppo piccoli per poter avere un proprio segretario comunale, vennero imposti i consorzi coattivi di comuni. I comuni per sero il resto della loro autonomia quando con R.D. n. 237 del 4.2.1926 venne introdotto il sistema dei podestà.

Nella primavera del 1923 vennero introdotti (R.D. n. 800 del 28.3.1923) nomi italiani per le località del Sudtirolo. Nessun giornale, nessuna guida turistica, nessuna cartolina illustrata poteva riportare i nomi originali delle località sudtirolesi, neppure fra parentesi. I nomi in parola risalgono a Tolomei che li aveva coniatati ancora prima della prima guerra mondiale, al fine di "dimostrare" mediante il loro uso l'"italianità" del territorio fino al Brennero. Alcuni di essi sono semplici traduzioni delle denominazioni tedesche, altri sono stati semplicemente italianizzati con l'aggiunta di una desinenza italiana (Brennero), altri ancora si limitavano a riprodurre approssimativamente il suono della denominazione originaria, senza tener conto del significato (Burgstall - Postal). In-

fine, anche le vie e le strade non potevano più portare che denominazioni italiane.

Nell'autunno del 1923 l'italiano divenne la lingua ufficiale anche per il Sud tirolo. Deggio di nota a tal riguardo è che ciò non era stato disposto nè con legge nè con regio decreto, bensì semplicemente con decreto del prefetto. In base alla legge sui comuni e sulle province del 1915, dalla quale trae origine il testo unico del 1934, il prefetto aveva facoltà "di adottare in casi di necessità e urgenza tutte le misure ritenute indispensabili per i vari settori dell'amministrazione" (art. 3 della legge n. 148 del 4.2.1915). E l'allora prefetto Guadagnini ebbe una maledetta fretta a decretare che la lingua ufficiale era esclusivamente quella italiana. Da questo momento ai sudtirolesi non era più consentito di servirsi della lingua madre nei loro rapporti con i vari uffici. In seguito all'introduzione dell'italiano come lingua ufficiale, vennero licenziati, e per di più disattendendo i loro diritti, gli impiegati di lingua tedesca, con la motivazione, che gli stessi non conoscevano affatto o non sufficientemente la lingua ufficiale. Da questo momento non ebbero più luogo assunzioni di impiegati sudtirolesi. Così il Sudtirolo venne privato dei suoi quadri dirigenti nell'amministrazione. D'altro canto, scopo di tale provvedimento era di favorire l'immigrazione di funzionari e impiegati italiani dalle vecchie province, che erano disposti a por-

tare avanti ad ogni costo il programma dell'italianizzazione della provincia.

Con R.D. n. 1796 del 15.10.1925 l'italiano venne introdotto come lingua ufficiale negli uffici giudiziari, per cui in tutte le procedure sia civili che penali era consentito solo l'uso della lingua italiana, il che ebbe come conseguenza che procedure penali riguardanti sudtirolesi venivano svolte solo in lingua italiana e non potevano quindi venir compresi e seguiti dagli stessi. Dato che anche per i giudici popolari era richiesta la conoscenza della lingua italiana, i sudtirolesi venivano sempre più esclusi anche da questa importante funzione.

Non solo in campo amministrativo, ma anche in altri settori, da parte italiana si cercava di isolare e di tenere sotto controllo i sudtirolesi, rafforzando al contempo l'influenza italiana. In questo contesto va innanzitutto citata la revisione delle opzioni. Dopo l'annessione del Sudtirolo, i sudtirolesi potevano optare per l'acquisizione della cittadinanza italiana. La revisione di questa opzione aveva lo scopo di poter allontanare persone alle quali era stata negata resp. tolta la cittadinanza italiana. Nel gennaio del 1926 venne emanata una legge sulla revoca di opzioni, in virtù della quale un optante poteva venire privato della cittadinanza italiana che causa il suo atteggiamento politico si era dimostrato "indegno" della stessa. In tal modo vennero

create le premesse per espellere o per tenere sotto pressione le guide politiche dei sudtirolesi.

La revisione del censimento ebbe come base il primo censimento avvenuto sotto la sovranità italiana nel 1921. In un secondo e in un terzo parziale censimento, vennero effettuate ad opera di commissioni italiane delle "rettifiche", nel senso che, specialmente nella Bassaatesina, numerose famiglie con cognomi italiani, ma di madrelingua tedesca, vennero registrate come famiglie italiane. La veridicità di questi fatti viene oggi ammessa anche da ambienti ufficiali italiani (Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, Milano, fascicolo "Alto Adige" 1957, pag. 15).

Nel gennaio del 1926 venne emanato un R.D. che veniva a violare gravemente il diritto di ogni cittadino al possesso inalienabile del cognome ereditato: si tratta del decreto sull'italianizzazione dei cognomi tedeschi dei sudtirolesi. Dopo la proibizione del nome "Tirol" e dopo l'italianizzazione dei nomi tedeschi delle località, ciò altro non è stato che un ulteriore passo per conferire alla provincia, almeno apertamente, la maschera dell'italianità (A. Gruber, il Sudtirolo sotto il fascismo, pag. 37). Vennero italianizzati complessivamente circa 1000 cognomi, per cui più tardi, nell'Accordo di Parigi del 5 settembre 1946, venne a porsi la necessità di indicare espressa-

mente, quale uno dei diritti spettanti ai sudtirolesi, il diritto di ripristinare i cognomi tedeschi, che erano stati italianizzati negli ultimi anni.

Le agevolazioni per l'immigrazione e per l'acquisto di terreni da parte di italiani dovevano servire all'intensificazione dell'influsso italiano. Va fatto presente a tal proposito che in tutte le imprese statali e parastatali i dipendenti erano quasi esclusivamente italiani e che erano anche state introdotte particolari agevolazioni per l'acquisto di terreni da parte di ex-combattenti italiani.

La lingua e la cultura italiana venivano incentivate dallo Stato attraverso conferenze, biblioteche, "ricerche scientifiche" sulla questione del Sudtirolo ecc. Va citato in tal contesto l'"Istituto di studi per l'Alto Adige" di Bolzano, posto in essere da Tolomei con il massimo appoggio da parte dello Stato, istituto che, con il suo annuario "Archivio" pubblicava fatti falsificanti la storia e la letteratura senza uguali.

Nel Sudtirolo il settore della scuola era stato finora disciplinato attraverso le lex Corbino, in base alle quali erano state istituite, specialmente nella Bassa atesina, scuole italiane per alunni sudtirolesi. Nell'ottobre del 1923 lo Stato italiano promulgò la nuova legge sulla scuola n. 2185 - lex Gentile - in base alla quale, con l'inizio dell'anno scolastico 1923/24, in tutte le prime classi delle scuole elemen-

tari di lingua straniera l'insegnamento doveva venire impartito in lingua italiana. Questo sistema doveva venire esteso ogni anno ad una nuova classe, di modo che dopo circa 8 anni l'insegnamento sarebbe stato impartito completamente in lingua italiana.

I sudtirolesi non disponevano di strumenti giuridici e soprattutto di strumenti validi per opporsi a questo programma. L'obiettivo ufficiale dello Stato fascista e dittatore era la totale italianizzazione. In questa situazione, che sembrava non avesse via d'uscita, la popolazione di lingua tedesca oppose una caparbia e tenace resistenza passiva. Il canonico Michael Gamper fondò e promosse le cosiddette "Katakombenschulen" (scuole nelle catacombe), in cui agli alunni l'insegnamento veniva impartito nella loro lingua madre. L'avvocato Josef Noldin, che nella Bassa atesina giudò l'Organizzazione dell'insegnamento clandestino, venne confinato sull'isola di Lipari, dove, colto da grave malattia, morì nel dicembre del 1929.

All'insegnamento clandestino sacrificò la sua giovane vita anche Angela Nicoletti.

Nella nostra provincia il fascismo ha indubbiamente distrutto molto: ha eliminato quasi totalmente la classe impiegatizia tedesca; ha sradicato spiritualmente un'intera generazione, ma non è riuscito ad intaccare le fondamenta del carattere nazionale dei sudtirolesi.

Il Sudtirolo costituisce un esempio palese di come un popolo

abbia saputo conservare le sue caratteristiche etniche e culturali attraverso la difesa della sua lingua madre. Per l'integrità etnica dei sudtirolesi la lingua madre fece possente roccaforte che seppe resistere a tutti gli attacchi della politica della violenza.

Fatale fu comunque per la nuova generazione l'eliminazione della conoscenza della storia del proprio popolo. Oltre alle componenti formative della religione, la storia è uno dei più importanti fattori ai fini della formazione dei giovani.

"La gioventù del Sudtirolo è stata letteralmente strappata dal mondo culturale austriaco", ebbe a dire il reverendo Josef Ferrari, "ma non si è incorporata nel mondo culturale italiano. La cultura può svilupparsi unicamente secondo le leggi dello spirito, ma giammai divenire un articolo di esportazione sul mercato delle speculazioni politiche".

La stampa sudtirolese venne assoggettata al controllo da parte dello Stato: era costretta a scrivere determinati articoli filoitaliani; i redattori venivano ammoniti se chiamavano per nome l'arbitro dello Stato, il che significava pericolo di essere cacciati e divieto di esercitare la professione di giornalista. Per un certo periodo di tempo la stampa tedesca era completamente proibita e, a partire dal 1925, le critiche furono soffocate da una censura preventiva da parte dello Stato.

Le associazioni alpinistiche

di lingua tedesca vennero sciolte risp. incorporate nel Club Alpino Italiano (CAI). La stessa sorte toccò alle associazioni culturali e sportive sudtirolesi (Museumsverein Bolzano, e i vari Turnvereine). Il monumento a Walther von der Vogelweide venne confinato in un parco fuori mano. In compenso, nella città di Bolzano vennero eretti "monumenti dell'italianità", come il monumento delle Vittorie e l'Ufficio imposte, sui quali si possono notare ancora oggi gli emblemi fascisti.

Uno dei numerosi provvedimenti singoli proibì anche scritte e denominazioni tedesche di carattere privato, dato che il Sudtirolo doveva ormai apparire soltanto italiano. Questo divieto fu addirittura esteso ai cimiteri. Il decreto prefettizio del 1923 stabiliva che esso non veniva applicato per iscrizioni sepolcrali e scritte di contenuto religioso. Tuttavia, 4 anni dopo, con decreto del 16. 11. 1927 si stabiliva che anche le iscrizioni sepolcrali potevano essere solo in lingua italiana.

Anche in campo economico si procedette nello spirito del programma di italianizzazione. Sia presso la Camera di Commercio che presso gli enti agricoli alle organizzazioni locali subentrarono strutture italiane con personale italiano proveniente dalle vecchie province. Le banche tedesche venivano ostacolate nella loro attività attraverso provvedimenti amministrativi, al contempo vennero creati risp. insediati nuovi istituti di credito italiani,

di modo che anche il movimento mo
netario finì ben presto sotto il
controllo degli italiani.

Il regime fascista fece di tut
to per impedire che qualche Paese
straniero intervenisse a favore
dei sudtirolesi e per respingere
ogni protezione e sostegno dall'
esterno. E in quest'opera anche
il partner nazionalsocialista die
de una mano a Mussolini. Già nel
1927 Hitler aveva predisposto un
elaborato, rimasto pressochè sco-
nosciuto, intitolato "La questio
ne sudtirolese e il problema tede-
sco delle alleanze", che nello
stesso anno venne poi assorbito,
eccezion fatta per la prefazione,
nel secondo volume di "Mein
Kampf". Da esso trapelava l'inten-
zione di Hitler di sacrificare il
Tirolo all'alleanza con l'Italia.
Nell'aprile del 1927 Hitler ebbe
a fare questa decisa dichiarazione:
"I sudtirolesi devono render-
si conto che sono subordinati al
destino di tutto il popolo tede-
sco e fare ponte fra l'Italia e
la Germania". E secondo quanto ri
portato da Hermann Rauschning, nel
l'estate del 1932 Hitler ebbe an-
cora a dichiarare nel Braunen Haus
(casa bruna) di Monaco: "La farò
finita anche lo sciocco senti-
mentalismo dei sudtirolesi. Non
intendo lasciarlo sviare dalla li-
nea fondamentale della nostra poli-
tica per un'alleanza con l'Italia.
Non mi lascerò trascinare a com-
mettere una pazzia politica da ri-
cordi del nostro passato, per quan-
to gloriosi essi siano".

A partire dal 1930 circa, l'I-
talia aveva effettivamente raggiun-
to ciò che voleva: il mondo era

troppo occupato con se stesso per
potersi occupare ancora molto del
Sudtirolo. La crisi economica mon
diale, la tensione politica inter
na in Germania e in Austria la
costituzione del "Terzo Reich" e
l'avvicinamento dell'Austria al-
l'Italia per ragioni di politica
estera, per conservare la sua in
dipendenza nei confronti della
Germania nazionalsocialista, tut
ti questi fattori contribuirono,
acchè l'Italia non venisse "di-
sturbata" da altri Stati nella
sua politica per il Sudtirolo.

In sintesi, si può ben dire
che la dura politica italiana
che mirava all'assimilazione dei
sudtirolesi era stata praticata
dal 1923 fino alla fine degli an
ni venti e che gli anni trenta
non potevano che segnare la coe-
rente prosecuzione di questa po-
litica. Subentrò tuttavia qual-
che modifica; infatti, fino alla
metà degli anni 30 Mussolini po-
teva aver pensato che attraverso
la molteplicità delle sue misure
di oppressione sarebbe stato in-
fine possibile trasformare i sud-
tirolesi in italiani, ma questa
supposizione si rivelò errata.
Di conseguenza, il Governo ita-
liano iniziò ad insediare nel
Sudtirolo aziende industriali i-
taliane, al fine di favorire una
massiccia immigrazione di ita-
liani in provincia, dato che,
logicamente, queste aziende pote-
vano assumere esclusivamente la-
voratori italiani. Così nacque
per esempio anche la "zona indu-
striale di Bolzano", attraverso
la quale numericamente la popo-
lazione della città di Bolzano
superò nel corso di pochi anni

quella della città di Trento. La destinazione della "zona industriale", come strumento per favorire l'italianizzazione, è stata in seguito ammessa dallo stesso De Gasperi nell'agosto del 1945 in uno scritto inviato al Ministro degli esteri americano Byrner. (De Block, pag. 108 - riportato anche su: "Il Trattato di pace con l'Italia, introduzioni e note di Giannini e Tomajuoli, 1948, pagg. 80-84). In questo contesto va menzionata anche l'istituzione dell'"Ente di Rinascita Agraria", con i suoi ampi poteri in materia di esproprio di terreni agricoli, per allontanare i contadini sudtirolesi. Nel 1937 questo ente venne trasformato nell'Ente per le tre Venezie".

Infine, negli anni 1938-39 venne aggiunto a tutte le misure di italianizzazione - che ancora non avevano reso italiano l'Alto Adige - il piano in base al quale il problema doveva venire risolto radicalmente attraverso un trasferimento dei sudtirolesi. Tale piano portava il nome "opzione e trasferimento".

Ove le intenzioni dei dittatori fascisti e nazisti fossero state messe in pratica, con l'accordo italo-tedesco del 1939 sul trasferimento dei sudtirolesi il destino di questa minoranza nazionale sarebbe stato deciso per sempre. Ove per le potenze dell'Asse la guerra avesse avuto esito positivo, dopo il 31 dicembre 1942 - l'ultimo termine per il trasferimento - il Sudtirolo avrebbe cessato di esistere. I sudtirolesi che non si fossero decisi per l'opzione sa-

rebbero stati spacciati in seguito all'intensificazione di una snazionalizzazione rapida e definitiva. Pertanto, per la dittatura fascista il trasferimento di una gran parte di sudtirolesi significava garanzia per il raggiungimento dell'obiettivo ostinatamente perseguito dalla sua ascesa al potere nel 1922: l'integrazione assoluta di un corpo estraneo nazionale nel territorio dello Stato italiano, come stabilito ex novo nel trattato di pace di S. Germain. Quanto una politica di assimilazione, portata avanti in modo radicale e con ferma costanza per oltre dieci anni, non era stata in grado di raggiungere, ora lo si voleva ottenere attraverso questa "ultima ratio", attraverso l'intensificazione della snazionalizzazione. Tolomei ha esaltato nel suo "Archivio" l'accordo italo-tedesco del giugno 1939 sul trasferimento dei sudtirolesi come "la cosa più grande che sia stata intrapresa dalla guerra in qua per l'assimilazione dell'Alto Adige" e come "soluzione ideale, logica e definitiva di tutte le questioni riguardanti le minoranze in Europa (AAA XXXIV, pag. 27 e 527); per i dittatori fascisti si trattava della realizzazione dei loro obiettivi di snazionalizzazione. Una realizzazione sciagurata, crudele, certo sufficiente perchè un regime venga screditato agli occhi dell'umanità civile (A. Gruber, il Sudtirolo sotto il fascismo, pag. 23). Il fatto, che il piano di trasferimento ebbe a concretizzarsi solo dopo la

diretta influenza dei redeschi e il fatto, che nel 1939 l'Italia aspirava ormai unicamente al parziale espatrio dei Sudtirolesi, non toglie certo al regime fascista la colpa di questo crimine commesso nei confronti di una minoranza nazionale inerme. Il fascismo voleva una "soluzione radicale". Fortunatamente l'obiettivo non è stato raggiunto; non è stato raggiunto perchè una popolazione ha saputo difendere, grazie alla sua resistenza contro il terrore della snazionalizzazione e in fedele riconoscimento dei suoi valori e delle sue caratteristiche originarie, l'ideale della libertà.

"La libertà - così ebbe a dire il Presidente Magnago nel suo discorso del 25 aprile 1971 a Bolzano, tenuto in occasione del 50° anniversario della morte dell'insegnante Franz Innerhofer di Marlengo - è un bene prezioso, ma anche la parola della quale viene fatto maggior abuso". Noi vogliamo pertanto collegare questa nobile concezione della libertà con principi veramente concreti: il rispetto della dignità dell'uomo, vale a dire il rispetto della sua persona, indipendentemente dalle sue idee, dalle sue opinioni di carattere religioso e politico, il rispetto della sua persona, indipendentemente dalla sua posizione sociale, dalla sua appartenenza etnica e linguistica. Rimane pur tuttavia sempre il barometro per vedere in che misura noi siamo disposti a difendere veramente la libertà, per misurare la nostra disponibilità

per difendere la libertà dei deboli, la libertà dei piccoli gruppi, la libertà delle minoranze".

Nel frattempo il valore di queste parole non è diminuito. Merita libertà ed esistenza solo colui che è disposto a battersi giorno per giorno per conquistarle!

Non è ancora stata scritta la storia drammatica dell'opzione, nella quale una popolazione travagliata di fronte alla minaccia di essere distrutta ha creduto di dovere rinunciare alla sua terra d'origine per potere conservare il suo carattere nazionale.

Permettere, colleghe e colleghi, di accennare anche - nonostante la ristrettezza di tempo - all'epoca che va dall'8 settembre 1943 alla fine della guerra.

Sul comportamento dei sudtirolesi in questo periodo sono state dette le menzogne più astiose e inventati fatti pesanti e falsificanti la storia. Si è voluto dipingere i sudtirolesi - sempre per quanto riguarda questo arco di tempo - quali ardenti sostenitori del nazismo, asserzione questa, costantemente rinviata in pubblicazioni italiane.

E benchè siano trascorsi ormai 30 anni dal termine della guerra, si continua a farlo.

Nel 1971 è apparso un libro intitolato "Il problema dell'autonomia per la minoranza linguistica tedesca dell'Alto Adige". Autore ne è l'onorevole Giuseppe Vedovato, già Presidente del Consiglio d'Europa. Come potete constatare, non si tratta certo

di un autore qualsiasi, ma di un autorevole politico dell'Italia di oggi.

A pag. 25 del libro di Vedovato si legge:

"Il gruppo etnico sudtirolese di lingua tedesca ha fornito in quelle tragiche circostanze la prova della sua intolleranza razzista e della sua adesione agli ideali nazisti. Dopo l'8 settembre 1943 le autorità tedesche organizzarono - proprio in considerazione dell'orientamento filonazista - una gran parte delle diverse unità SS non germaniche, unità che reclutarono quasi esclusivamente sudtirolesi e che erano destinate soprattutto a combattere i partigiani.

La prima unità di questo genere era il reggimento di polizia SS Bolzano - come dice Vedovato - che fino agli ultimi giorni del conflitto ha combattuto i partigiani che operavano nella zona di Belluno. Unità di questo reggimento vennero impiegate anche nell'inverno 1943/44, nei famigerati rastrellamenti a Roma. Ed è stata anche una unità di questo reggimento che ha portato alla crudele misura di rappresaglia nei confronti di 320 ostaggi civili, poi uccisi, nelle Fosse Ardeatine il 23 marzo 1944".

L'onorevole Vedovato enumera anche gli altri reggimenti di polizia sudtirolesi, il reggimento Silandro, il reggimento Alpenvorland e il reggimento Bressanone. Egli ha inventato inoltre un battaglione SS, chiamato "Waffen-SS-Nederland", che avrebbe operato in Olanda. Fino alla pubblicazione del libro il Vedovato, nessun sudtirolese sapeva dello

schieramento di questo battaglione.

Ma come stavano veramente le cose in merito ai cosiddetti reggimenti di polizia SS sudtirolesi?

Dopo la formazione della base d'operazione Alpenvorland, che comprendeva le tre province di Bolzano, Trento e Belluno, l'alto commissario della medesima, il Gauleiter Franz Hofer di Innsbruck, emanò ordinanze attraverso le quali venne ordinata la formazione di reggimenti di polizia. Nell'ordinanza di Hofer del 5 gennaio 1944, al par. 4 si legge testualmente:

"Chi si sottrae o chi tenta di sottrarsi all'ordine di presentarsi all'arruolamento o alla visita di leva o chi non dà seguito alla cartolina precetto con la fuga o attraverso danneggiamenti coscientemente causati alla propria salute, viene punito con la morte. In casi meno gravi può venire comminata una pena di 10 anni di reclusione.

Le stesse pene vengono comminate anche i complici. Fino alla cattura degli accusati del fatto o dei complici possono venire arrestati i membri della famiglia e cioè la moglie, i genitori, i figli al di sopra dei 18 anni nonché i fratelli e le sorelle conviventi con l'esecutore del fatto o con i complici".

Rispetto all'onorevole Giuseppe Vedovato, il Gauleiter e commissario supremo Franz Hofer doveva quindi essere di ben altro parere in merito all'entusiasmo dei sudtirolesi per il conflitto del terzo Reich. Se i Sudtirolesi fossero stati veramente con-

vinti degli ideali nazisti, Hofer non avrebbe dovuto minacciare con pene così draconiane chi non ha dato seguito alla cartolina precetto. Data questa ordinanza, nessuno avrebbe potuto prendersela con i sudtirolesi ove avessero obbedito e dato seguito alle cartoline precetto, cosa che invece non si è avverata. Decine di giovani sudtirolesi si sono sottratti alla cartolina precetto fuggendo sulle montagne. Hofer invece mise in pratica la sua minaccia e noi sappiamo, che non sono poche le famiglie che sono state deportate in uno e nell'altro Lager. Non ne vennero esclusi nemmeno i figli al di sotto dei 18 anni.

I quattro reggimenti dianzi menzionati erano reggimenti di polizia. Solo il fatto, che nel marzo del 1945, ovvero all'ultimo momento, giunse da Berlino, dal capo della polizia tedesca, l'ordine che da quel momento i reggimenti di polizia sudtirolesi dovevano chiamarsi reggimenti di polizia SS, non poteva certo bollare i componenti di questi reggimenti di essere membri volontari della polizia SS.

Non vorremmo, inoltre, tralasciare di far presente il fatto che i reggimenti di polizia Alpenvorland, Sifandro e Bressanone erano composti in gran parte, se non addirittura per 2/3, da persone che non avevano optato per la Germania.

Vorrei ricordare altresì che il reggimento di polizia di Bressanone, inviato al fronte russo, si è rifiutato di prestare giuramento a Hitler. Sembra che i russi co-

noscessero meglio la mentalità di questa cosiddetta polizia SS che non l'onorevole Vedovato. Se così non fosse stato, i russi non avrebbero certo rimandato a casa già nel 1945 tutti i componenti, il reggimento caduto prigioniero alla fine del conflitto.

E come si sono comportati i componenti di questi reggimenti di polizia?

Secondo Vedovato, nei combattenti contro i partigiani russi si sarebbero distinti per la loro "particolare durezza".

Di parere completamente diverso è stato invece, subito dopo il termine del conflitto, il vescovo di Belluno, il quale, in una lettera in mio possesso scrisse tra l'altro: "I soldati tedeschi della provincia di Bolzano sono stati soldati costretti alle armi sotto la minaccia di pene severissime, soldati che hanno cercato con qualsiasi mezzo di impedire i crimini dei nazifascisti".

Noi siamo in possesso di scritti di componenti i reggimenti di polizia, dai quali risulta che questi soldati - tutti di una certa età - erano tutt'altro che nazionalsocialisti. Ovunque dove erano stazionati i reggimenti di polizia sudtirolesi, i rapporti fra popolazione e soldati erano ottimi. Con ciò non voglio escludere che singoli componenti di questi reggimenti non si siano resi colpevoli di determinate mancanze.

Ripeto quanto scritto nel già citato libro di Vedovato:

"... che il reggimento di polizia Bolzano ha provocato la crudele misura di rappresaglia nei confronti di 320 ostaggi civili (in realtà sono stati 335), poi uccisi nelle Fosse Ardeatine".

I fatti della storia non sono però questi. Quando il 22 marzo 1944 il reggimento di polizia Bolzano, stazionato a Roma, ha marciato cantando lungo la via Rasella, fu vittima di un perfido bombardamento, durante il quale morirono 32 soldati, e molti furono feriti, che in nessun modo si erano resi colpevoli di astiosità o di violenze nei confronti dei cittadini romani.

La massima autorità giudiziaria d'Italia ha dichiarato l'attentato di via Rasella quale "operazione bellica", il che però ha "sistemato le cose" solo dal punto di vista giuridico, ma non certo da quello morale.

Quando alla fine della guerra, dinanzi al foro internazionale si discuteva sul futuro della nostra provincia, determinati politici italiani non esitarono ad addurre quale argomentazione politica contro la richiesta di autonomia dei sudtirolesi la strage delle "Fosse Ardeatine", che noi condanniamo con la più profonda esecrazione.

Prima e durante le trattative di pace nel 1946, da parte italiana si insinuava che la fucilazione degli ostaggi nelle Fosse Ardeatine era avvenuta per mano di membri sudtirolesi del battaglione di polizia, e ciò al fine di discreditarli i sudtirolesi di fronte all'opinione mondiale.

La propaganda venne portata avanti tanto abilmente che però anche i suoi frutti. Tra l'altro, trovò anche credito presso una persona come sir Harold McMillan, ex alto commissario inglese per l'Africa del nord in seguito primo ministro inglese, e di ciò i sudtirolesi ebbero conferma da un discorso tenuto da McMillan nel giugno 1946, in occasione del dibattito sulla questione sudtirolese in seno alla Camera dei comuni.

Un giorno poi, naturalmente, venne alla luce la verità. Tuttavia, fu solo nel febbraio 1947 in occasione del processo a carico dell'ex Feldmarschall Kessering.

Il quotidiano cattolico "Avvenire d'Italia" riportò in data 21 febbraio 1947 la testimonianza rilasciata il 20 febbraio dal colonnello Kappler, comandante della polizia segreta tedesca a Roma. Da essa risulta che l'esecuzione delle misure di rappresaglia per l'attentato di via Rasella era stata affidata dal generale Meltzer (comandante della città di Roma) al maggiore Dobrich, comandante del battaglione di polizia, contro il quale era stato commesso l'attentato. Il maggiore Dobrich si rifiutò tuttavia di eseguire l'ordine di fucilazione delle innocenti vittime prescelte, dichiarando - citato testualmente quanto riportato dal quotidiano più sopra menzionato - "che i suoi uomini erano cattolici e per di più di una certa età e quindi non se la sentivano di eseguire l'ordine".

I sudtirolesi non si sono, quindi, resi partecipi della fucilazione degli ostaggi innocenti nelle Fosse Ardeatine.

Per quanto riguarda tutte le asserzioni diffamatorie circa il comportamento dei sudtirolesi dopo l'8 settembre 1943 fino alla fine del conflitto, vorrei a titolo integrativo aggiungere - senza volere con ciò contestare prevaricazioni da parte di singoli - che noi conosciamo i nomi di 21 sudtirolesi giustiziati dalla Gestapo in questo arco di tempo.

Conosciamo altresì i nomi di 166 sudtirolesi deportati in campi di concentramento in quanto contrari al nazionalsocialismo.

Altri 144 sudtirolesi sono stati imprigionati per la loro opposizione al terzo Reich.

E vorrei nel contempo rendere omaggio anche agli appartenenti ai gruppi etnici italiano e ladino, che in questo arco di tempo sono stati vittime della dittatura nazionalsocialista.

Signore e Signori,

questa celebrazione verrebbe a perdere di credibilità ove io non dovessi fare un accenno alla contraddizione in cui è caduta anche l'Italia democratica, nel senso che la stessa ha fatto finora ben poco di concreto per eliminare nella provincia di Bolzano i simboli fascisti, per la verità offensivi per tutti i democratici.

Per tal motivo io preannuncio fin d'ora una legge-voto che l'S.V.P. presenterà prossimamente, attraverso la quale si chiede allo Stato e a tutte le autorità competenti l'eliminazione di tut-

te le scritte e di tutti i simboli fascisti, che noi riteniamo offensivi e che nella provincia di Bolzano ci stanno di fronte giorno per giorno.

Sono convinto, che il Consiglio regionale vorrà dare il suo assenso a questa legge voto.

L'era fascista fu sicuramente un periodo molto difficile per moltissimi italiani; infatti, la dittatura non ammette nessuna libertà, nè d'opinione nè di stampa. Il popolo sudtirolese ebbe a soffrire ancora maggiormente durante il periodo fascista, perchè la dittatura si era oltretutto prefissata l'obiettivo di eliminare noi come gruppo etnico.

Ed è proprio per questo che noi crediamo di poter godere oggi il diritto di libertà. I danni culturali arrecatici dal fascismo esigono una riparazione. Noi abbiamo pertanto un particolare diritto alla promozione culturale e alla tutela da parte dello Stato, in quanto le ferite aperte dal fascismo sono ben lungi dall'essere completamente cicatrizzate.

In quest'opera di riparazione rientra altresì la sollecitata approvazione di soddisfacenti norme di attuazione in materia di "proporzionale etnica" nei posti statali in provincia di Bolzano, nonchè l'"equiparazione della lingua tedesca alla lingua italiana".

Anche se oggi come oggi, da parte di politici responsabili di Roma ci viene assicurato in maniera senz'altro credibile che le idee ed i metodi di Tolomei

sono stati da lungo abbandonati e pur dovendo noi ammettere, che per quanto riguarda la politica del Sudtirolo ci si è incamminati su vie completamente nuove, dobbiamo peraltro tener presente che il passato non è ancora stato del tutto superato.

Sebbene il 4 novembre sia stato dichiarato la "giornata delle forze armate" e non sia più tanto inteso come celebrazione della vittoria, le cerimonie pubbliche di questo giorno davanti ad emblemi eretti dal fascismo ci feriscono profondamente nei nostri sentimenti, che, con un po' più di buona volontà, dovrebbero venir rispettati.

Dato che ormai dal 4 novembre 1924 è passato più di mezzo secolo e considerato che l'Italia democratica persegue l'obiettivo di garantire una pacifica convivenza dei gruppi etnici nella nostra provincia, le cerimonie in occasione della "giornata delle forze armate" dovrebbero aver luogo altrove, e non davanti ai monumenti da me più sopra citati: il 4 novembre non può essere un giorno di gioia per noi sudtirolesi, malgrado lo sia forse per molti italiani.

In questo momento vogliamo commemorare tutti i caduti, su qualsiasi fronte abbiano combattuto.

Commemoriamo però allo stesso modo anche i morti e le altre vittime della dittatura fascista e nazionalsocialista, come pure coloro che ebbero a languire nelle prigioni fasciste e in esilio e che in molti casi rimasero segnati per sempre sia fisicamente che

moralmente.

Il nostro dovere di oggi è quello di difendere la libertà riconquistata poichè una pace senza libertà non è una pace vera e duratura e ricondurrebbe immancabilmente a nuovi conflitti e a nuove guerre.

Per libertà noi intendiamo anche il libero ed incontrastato sviluppo delle minoranze linguistiche tedesca e ladina.

L'era atomica non può più venir vissuta senza lungimiranza. Vengono adottati nuovi criteri, si aprono nuove vie, vengono creati nuovi ponti che portano oltre le crisi ed i conflitti dei decenni passati.

Quanto più forte sarà l'interdipendenza fra i singoli Stati d'Europa, il loro avvicinamento politico nonchè il graduale adeguamento delle loro strutture sociali, tanto più le frontiere perderanno la loro funzione divisoria.

"Noi pensiamo al passato senza rancore", ebbe a dire il dott. Magnago nell'aprile del 1971 a Bolzano davanti al municipio, "ma anche senza dimenticarlo". La dittatura è stata vinta, la democrazia ci promette libertà e giustizia. La via da percorrere è stata lunga. Dovrà essere per noi monito permanente la convinzione che solo volgendo le spalle a questo spirito potremo portare la pace fra i gruppi etnici. La celebrazione odierna voglia quindi essere un monito per noi, affinchè non abbiamo mai ad affidare le nostre forze per la difesa della libertà".)

PRESIDENTE: Ed ora do la parola a me stesso.

Signori Consiglieri,
Signor Presidente della Giunta regionale,
Signori Sindaci,
Signori rappresentanti dei Partiti politici, dei Sindacati, delle Formazioni Partigiane, Autorità, Cittadini della Regione Trentino Alto Adige,

questa seduta straordinaria del Consiglio regionale convocata per celebrare il trentesimo anniversario della Resistenza contro il fascismo e il nazismo è soltanto uno degli impegni - anche se, probabilmente, il più importante e il più solenne - che l'Assemblea legislativa del Trentino-Alto Adige si è data tramite i rappresentanti dei gruppi politici che la compongono, della Giunta regionale e del suo Presidente, per iniziativa di questa Presidenza, con consenso e con la convinta adesione delle forze autenticamente democratiche che in essa operano e si confrontano giorno per giorno sui problemi che, nel rinnovato quadro autonomistico di questa terra, sono ad essa affidati.

L'impegno odierno - che il Consiglio regionale ha voluto esteso all'arco più ampio possibile di rappresentanza delle popolazioni trentine e altoatesine - non è, nè potrebbe esserlo, un impegno soltanto formale. Nè si tratta di un impegno meramente commemorativo. Nè di un impegno sterilmente celebrativo di fatti, di avvenimenti, di sconvolgimen-

ti che trent'anni fa proprio in queste giornate diedero al nostro Paese l'ebbrezza sublime della riconquistata libertà ma che ancor oggi sembrano non avere totalmente esaurito e realizzato le esaltanti premesse che questa libertà aveva posto a riscatto dei vent'anni più umilianti, più oscuri, più tragicamente insanguinati della nostra storia.

Non c'è spazio, no, signori Consiglieri e graditissimi ospiti amici e compagni antifascisti, per un'eco meno che pensosa e meno che assorta - e anche preoccupata, lasciatemelo dire! - per la riflessione che questo Consiglio regionale vuole e deve fare sui fatti di trent'anni fa; sui significati che esso intende attribuire alla odierna circostanza commemorativa; sugli insegnamenti che esso si appresta a ricavare dalla ormai lunga e fondamentale - ma anche travagliata! - esperienza democratica; infine sui contenuti dell'impegno che esso intende assumere per dare agli anni avvenire una caratterizzazione finalmente netta, finalmente decisa, finalmente senza incertezze o remore di sorta in quei termini di migliore giustizia sociale, di più marcata elevazione civile e culturale, di irrinunciabile pace che - trent'anni fa - ispirarono il contributo di tanti uomini liberi nel momento in cui concepirono le altissime garanzie e la grande speranza della Carta Costituzionale!

Trent'anni di democrazia e

di sofferte conquiste quotidiane ci hanno insegnato ben più di vent'anni di degradante dittatura quanto necessario, sia, anche nei momenti più lieti e solenni, il ricorso puntuale, scrupoloso, preciso, allo strumento supremo della ragione; all'analisi meticolosa della storia; al metodo insostituibile dell'essere problematici e, se occorre, anche critici e autocritici quanto tutto ciò possa sostituire alla contemplazione delle cose fatte l'individuazione delle cose da fare, quanto tutto ciò sia di stimolo ad abbandonare ogni sorta di trionfalismo per intraprendere invece nuove vie di ricerca, di lavoro, di impegno operativo, di confronto politico e ideologico, di scontro - certo, anche di scontro! - sul terreno della dialettica civile e democratica e su quello, purtroppo non ancora sgombro e anzi più insidioso che mai, che ancora appare occupato da forti e subdole forze regressive.

Questa lezione che ci viene dall'esperienza democratica, non intendiamo dimenticarla.

Questa lezione intendiamo tener presente anche stamane durante l'odierna solenne seduta straordinaria di questo Consiglio regionale.

E' un momento d'incontro, soprattutto, questo che ci apprestiamo a vivere.

E', questo, l'incontro fra l'espressione massima della volontà popolare di una Regione autonoma - che è sintesi convinta e ormai pacificata delle due impor-

tanti autonomie provinciali - con altre espressioni autorevoli e amate di democrazia, di libertà, di partecipazione popolare, di antifascismo.

Non ci sfugge il significato del fatto che proprio nel segno di un antifascismo consapevole perchè è convinto, maturo perchè affrancato da ogni tentazione di pura e semplice esercitazione verbale, possiamo qui individuare gli elementi più durevoli e duraturi dell'incontro odierno.

Non a caso - ma, viceversa, per la consapevolezza del giudizio negativo che storicamente diamo sulla vocazione centralista e autoritaria dello Stato che proprio durante il regime fascista ha avuto la sua massima e brutale espressione - siamo oggi in grado di cogliere il segno promettente di un rapporto nuovo, anche se perfettibile, fra lo Stato e le autonomie: rapporto che proprio in questa terra ha trovato e trova un'occasione forse unica di esercizio e di sperimentazione.

Non a caso - ma, viceversa, per il raffronto violento con la passata dittatura - salutiamo qui la presenza dei partiti politici democratici, espressione sicura e non sostituibile del pluralismo delle idee e del civile confronto delle opinioni.

Non a caso - ma, viceversa, con la volontà ben precisa di accumunare tutte queste presenze in un'unica e commossa aspirazione liberatoria dallo stesso ricordo dell'oppressione che

per tanti anni e per tanti di noi ha gravato sulle nostre giovinette - esprimiamo una soddisfazione autentica nel vedere qui presenti gli esponenti di quel mondo del lavoro che oggi è responsabilmente proiettato verso nuove conquiste di grande ed umana civiltà; di quel mondo della cultura al quale sono affidate speranze e prospettive vere, sicure, appassionanti di elevazione civile; di quell'antifascismo spontaneo che oggi, anche sotto la spinta brutale e minacciosa di nuovi pericoli di eversione, è rivitalizzato ovunque ed è in grado di lasciare ovunque il segno della propria vigilante presenza e della propria attiva testimonianza: nelle fabbriche, come nelle scuole, nelle assemblee politiche come nelle campagne, nei posti di lavoro come nei quartieri.

Ma se, per un momento, mi è concesso di dare spazio a una commozione più ampia, a un sentimento più acuto e fraterno di solidarietà umana - prima ancora che civile e politica - desidero affermare che questi sentimenti io rivolgo, a nome di questa Assemblea e delle popolazioni di lingua italiana, tedesca e ladina, che la esprimono, agli uomini dell'antifascismo militante degli anni passati: uomini e donne che in un vasto, troppo vasto, arco di tempo - dal cupo tramonto della democrazia dino al momento in cui lo scontro delle armi e la forza degli ideali contribuirono a recuperarla, più provata e più forte di prima - hanno cono-

sciuto in questa terra il volto più protervo della dittatura. Troppi sono stati, in questa travagliata regione, coloro i quali hanno conosciuto l'inganno crudele delle prime speranze autonomistiche deluse, l'ignorante arroganza dell'assimilazione, la brutale vidazione dei diritti delle minoranze, la grottesca proliferazione di monumenti provocatori, la drammatica alternativa dell'esilio o del confino politico, la tragica odissea nei vagoni piombati verso i campi di concentramento o i campi di sterminio, il tormento della repressione poliziesca, il terrore della rappresaglia, l'incontro fatale col partigiano o col plotone di esecuzione!

Troppi, oggi, mancano a questo appuntamento trentennale!

Ma, mentre per un momento invito i presenti a un breve raccoglimento che sia per tutti occasione di ricordo e di riflessione, consentitemi che esso si apra col ricordo di una tragedia che tutti noi sentiamo - se possibile - altrettanto vicina e forse ancora più vicina. Desidero che questo momento di riflessione si apra nella memoria delle vittime più recenti del fascismo la cui mano fratricida è tornata ad abbattersi su uomini e donne di questa terra in una continuità di perversione che la Resistenza e la Liberazione non sono riuscite del tutto a sconfiggere e che nuove, potenti, subdole, protezioni continuano a lasciare impunita.

Pochi mesi fa, signori Consiglieri, questa Assemblea ha reso omaggio alle vittime altoatesine della strage fascista dell'"Italicus". Non possiamo ancora, signori Consiglieri, non ricordare oggi, le recenti vittime della violenza fascista. Nel loro nome vi invito a ricordare tutte le vittime della dittatura e a condannare la violenza da qualsiasi parte essa venga, poichè in un Paese democratico nessuno è autorizzato a farsi giustizia da sè.

Signori Consiglieri,
Autorità!

Compagni e amici antifascisti!

Il Trentino e l'Alto Adige hanno vissuto nel fascismo e nel nazismo la loro esperienza più dura e cocente.

A nulla serve ricordare che qui, forse, la Resistenza armata ha avuto durata più breve e spassimi meno durevoli che altrove. A nulla serve il confronto con il martirio sopportato da altre regioni dove ferro e fuoco fascista e nazista hanno imperversato più a lungo e più lungo è l'elenco di quanti hanno finito per soccombere alla loro furia.

Di tutto ciò, sia pure brevemente, occorre analizzare le cause. Di tutto ciò occorre individuare quale è stato il prezzo.

Purtroppo è da dire che se altrove il fascismo e nazismo hanno mostrato prevalentemente il lato più esteriore e feroce della loro insana struttura morale, dottrinale e politica, qui essi hanno mostrato addirittura ostentato tutto lo squallore e tutta la perversione della loro essenza storica.

Nel Trentino il fascismo si è introdotto come fenomeno di minoranza. Ha superato con la prepotenza l'intima diffidenza di una popolazione per sua stessa natura aliena e contraria alla sua vocazione trionfalistica e alla sua dottrina centralistica e autoritaria. Si è infine impadronito con la forza, mai con il consenso della popolazione, dei suoi centri di potere.

In Alto Adige il fascismo ha esordito con il delitto prima ancora di arrivare al potere, bagnando le strade di Bolzano il 24 aprile 1921 del sangue del maestro Franz Innerhofer e di decine di inermi cittadini massacrati a bastonate e a colpi di arma da fuoco. In Alto Adige - mentre l'organo del partito nazionale fascista scriveva che "Più di centomila fascisti sono pronti a distruggere e a cancellare il Sudtirolo" e aggiungeva che "... se i tedeschi devono essere bastonati e calpestati, molti fascisti sono allenati per queste faccende" - il fascismo non ha nemmeno mascherato ma ha, viceversa, teorizzato il suo obiettivo finale che storicamente ha un nome infamante del tentativo di genocidio.

Ancora in Alto Adige, fascismo e nazismo hanno consumato per tutto l'arco della loro alleanza le tecniche più spregiudicate dell'imbroglio e dell'inganno reciproco, le strategie più sfrenate per alimentare - in una popolazione che conserva in sè risorse ideali capaci di farne in prospettiva un superiore modello di convivenza sovran

nazionale o, come si dice oggi, europea - il mito contrapposto del nazionalismo esasperati, delle ritorsioni esacerbate, delle rivalse sanguinose.

Ma se queste considerazioni possono costituire la cornice entro la quale è possibile individuare il quadro della dittatura nel suo complesso, ben più definito, preciso, carico di significati e di minaccia e il dettaglio del periodo storico più grave, più pesante, più insanguinato, più vissuto dalle nostre popolazioni prima della Liberazione: il periodo cioè che va dall'8 settembre 1943 ai primi giorni di maggio del 1945. Dalla richiesta italiana dell'armistizio alla sconfitta del nazifascismo. Dalla pratica annessione del Trentino-Alto Adige al Terzo Reich, alla catarsi liberatoria del ritorno alla democrazia.

Senza una opportuna valutazione dell'importanza anzitutto strategica attribuita principalmente dal nazismo (e, per una certa sua parte, anche al governo fantoccio di Salò) alla nostra regione - considerata il terreno destinato all'ultimo anche se fatale scontro di resistenza contro l'avanzata degli alleati aperta e preparata dalle forze partigiane - non è possibile spiegare l'impotenza della macchina bellica da tempo trasferita nelle due province; nè si può spiegare la micidiale efficienza dell'apparato poliziesco che qui era stato instaurato; nè si può spiegare la spietata, sanguinosa, efferrata repressione

puntualmente abbattutasi su quanti nella clandestinità operavano contro l'oppressione sia con le armi, sia con l'apprestamento di precisi e intelligenti piani (purtroppo spesso disattesi) atti a fronteggiare quelli del nemico.

Non è un caso che le strade e i paesi di questa regione, nel Trentino come nell'Alto Adige, siano stati bagnati dall'ultimo sangue versato dalla dittatura nel nostro paese. Non è un caso che un esercito ormai in rotta, distrutto nelle proprie forze, nel proprio morale, nei propri miti, abbia lasciato qui l'ultimo e atroce segno del proprio passaggio e che a guerra quasi finita - mentre nel resto d'Italia già da alcuni giorni si festeggiava la Liberazione e il ritorno al potere delle forze democratiche uscite dalla clandestinità e dalla lotta armata - sino avvenuti qui gli ultimi eccidi e le ultime rappresaglie e che intere popolazioni siano state colpite al cuore nel momento stesso in cui già speravano che il grande incubo della guerra e della violenza fosse finito.

Decine sono state le vittime dell'estrema rabbia nemica nel Trentino e nell'Alto Adige: a Molina di Fiemme come a Stramentizzo, a Merano come a Lasa, a Bolzano come a Riva del Garda, dove - come precise testimonianze dimostrano - solo la vittoriosa insurrezione partigiana riuscì ad evitare il bombardamento della città da parte degli

Alleati che cisi pensavano di sgomberare il terreno da un possibile pericoloso concentramento nella zona di forze nazista e fascista, queste ultime provenienti dalla vicina repubblica di Salò.

Ed era stata proprio Riva del Garda - con Arco, Nago, Rovereto e Trento - a pagare un grave, pesante, tributo di sangue alla repressione nazista quando, all'indomani di quel grave momento di sbandamento generale che era coinciso con l'8 settembre 1943 e con la annessione della regione nella cosiddetta zona di operazione delle Prealpi, si erano creati i primi nuclei di resistenza in provincia di Trento: nuclei nati dalla generosa disponibilità di tanti giovani - studenti e lavoratori - a mettersi a disposizione della lotta clandestina, ad approfondire i contenuti della dottrina democratica, a procedere a una revisione critica della propria esperienza di vita troppo precocemente scossa da tante travagliate e contraddittorie vicende.

Contro tutti costoro i meccanismi della delazione prima, e della repressione poi, erano scattati troppo in fretta a dimostrazione ulteriore - seppur ce ne fosse bisogno - di quanto immediato, preciso, efficiente fosse l'apparato poliziesco realizzato nella nostra regione dalla dittatura.

Il bagno di sangue del 28 giugno 1944 ebbe questi terribili effetti: stroncò sul nascere la nuova Resistenza nata su modelli ancora imperfetti e sulla base di generose spinte individuali nel basso Trentino; impedì la necessa-

ria saldatura di queste nuove e promettenti esperienze a quelle, ormai collaudate da anni di azione clandestina, degli esponenti più maturi e provati dell'antifascismo; coinvolse infine nella tragedia alcune fra le figure più luminose della Resistenza in regione dando un colpo quasi mortale a una organizzazione che si era messa in moto con decisione già nel periodo confuso - pieno di illusioni e di speranze, segnato poi da delusioni e sofferenze - che va dalla caduta del fascismo il 25 luglio 1943 alla tragedia dell'8 settembre.

Il 28 giugno 1944 è stata una giornata di grande dolore per le nostre popolazioni.

Quel giorno, nel giro di poche ore, undici patrioti furono uccisi nelle loro case, per la strada, spesso sotto gli occhi delle loro spose e dei loro figli.

Cadde a Rovereto, nel suo studio di avvocato, Angelo Bettini, una delle figure più luminose della lotta clandestina. Cadde, qualche giorno più tardi, fucilati, Gastone Franchetti - l'animatore del giovane gruppo rivano - e Giuseppe Pordora. Cadde, per sfuggire alle torture Giannantonio Mancini: l'uomo che della prima Resistenza era stato il protagonista per dedizione assoluta, per autorevolezza di rapporti con le forze operanti in altre regioni, per l'elevato prestigio morale esercitato dalla sua persona.

Come non ricordare signori

Consiglieri che in quella tragica giornata estiva del 1944 fu seriamente messo in forse in questa regione il primo, generoso, appassionante tentativo di unità fra le forze politiche diverse che si riconoscevano però nella solidale adesione ai principi democratici?

Come non ricordare che dall'intesa e dagli approfondimenti portati avanti da queste forze, cattoliche e laiche, erano nati i primi documenti programmatici della nuova democrazia? i primi richiami alla futura Costituzione? le prime invocazioni di autonomia per una terra di antica tradizione autonomistica come è la nostra. le prime incisive annotazioni sui valori delle riforme, della giustizia e della sicurezza sociale, dell'abbattimento dei privilegi, delle libertà insopprimibili dell'uomo, dello stesso ideale europeo?

Nell'appello lanciato nell'agosto del 1943 dal Movimento socialista trentino (ma elaborato in collaborazione anche con altre forze democratiche) si diceva:

" Il nostro primo obiettivo sia dunque la pace: non quella menzogna, mercanteggiata dalle mire rapaci dei nazionalisti al servizio del capitale, ma la pace dettata dalla libera volontà dei popoli che tendono per aspirazioni ormai secolari ad unirsi in un'unica grande famiglia umana".

"Poiché il nostro popolo - proseguiva l'appello - deve ricercare e ritrovare unicamente in se stesso i motivi ideali del suo riscatto, sarà alla Costituente

- sogno vagheggiato di martiri cospiratori - che noi chiederemo la regola del nostro reggimento politico".

Era un grande patrimonio ideale, prima ancora che politico e resistenziale, quello che l'eccidio del 28 giugno aveva tentato di colpire e di stroncare per sempre.

Era l'insorgere appassionato di una nuova coscienza democratica e liberatoria che rischiava di scomparire assieme ai martiri di quella giornata e assieme ai molti e molti patrioti che in quel giorno affrontarono la dura esperienza del carcere, del campo di concentramento, spesso delle sevizie e della violenza morale e fisica.

Solo il forte carattere delle nostre popolazioni e, contemporaneamente, il progressivo moltiplicarsi di nuove forze postesi a disposizione della lotta clandestina evitò in quella drammatica circostanza il collasso definitivo dell'antifascismo e dell'antinazismo.

Tutto ciò, purtroppo, non evitò però nuove persecuzioni, nuove rappresaglie, nuovi lutti.

L'elenco dei martiri è, purtroppo, lungo. Tanti nomi - noti e meno noti - vi sono iscritti. E se alcuni - quello di Manlio Longon, quello di Mario Silvestri, quelli di Mario Pasi, di Ancilla Marighetto, di Clorinda Menguzzato, di Armando Bortolotti, Giovanni Peruzzo, Tullio Franch, di tanti altri - sono più vivi nella memoria di tutti, tanti e tanti altri ancora fanno parte di quel tragico e sanguinoso elenco. E al

tre centinaia di nomi appartengono a uomini e donne, a militari e civili, a laici e religiosi di lingua italiana e di lingua tedesca che nei campi di concentramento o di sterminio hanno lasciato per sempre la loro testimonianza di fede democratica, di speranza in un domani diverso o - più semplicemente - di pura e comossa carità cristiana.

E fra i nomi da ricordare, fra i nomi che nessuno ha dimenticato c'è anche quello di Josef Mayr-Nusser: figura esemplare e importante di un cristianesimo uscito incorrotto dalla dittatura, anche se purtroppo ad essa soccombente.

La sua memoria vive oggi fra le tetre mura di Dachau dove egli realizzò nel sacrificio la sua testimonianza di fede in una civiltà nuova, finalmente affrancata da quel giuramento disumano che egli aveva rifiutato di prestare.

La sua memoria vive assieme alla memoria di tanti uomini - proletari, intellettuali, studenti, lavoratori - che, pur stando al di fuori dell'azione clandestina organizzata, costituirono la base della lotta antifascista e antinazista nelle fabbriche, nelle scuole, sui posti di lavoro, fra le stesse Forze Armate. L'occasione mi è propria per ricordare quanto importante è stato - e quanti rischi ha comportato per molti! - il contributo che alla Resistenza è venuto da nomi delle Forze Armate che, in quelle drammatiche circostanze, non ebbero esitazione a compiere una precisa scelta democratica, popolare, antifascista e a partecipare attivamente

alla liberazione del Paese.

Non vorrei però dimenticare, signori Consiglieri, prima di concludere questa rapida ricostruzione delle fasi più acute della Resistenza, che proprio da uomini di questa regione, da cittadini altoatesini di lingua tedesca, è venuta nell'ultimo periodo della guerra una delle risposte più dignitose, più misurate e più civili, alla sanguinosa logica della rappresaglia messa in atto dal nazismo nel nostro Paese. Desidero non dimenticare che dai nostri conterranei di lingua tedesca - e cioè dai superstiti dell'attentato di via Rassella a Roma, venne un rifiuto fermo, deciso, categorico all'invito di eseguire essi stessi la criminale rapresaglia delle Fosse Ardeatine ponendo quindi un limite ben chiaro all'osservanza dell'obbligo militare e quindi opponendo una barriera anzitutto morale al possibile sconfinamento di quest'obbligo di un vero e proprio crimine di guerra.

Signori Consiglieri!

Troppo lungamente e troppo sofferatamente è stata attesa, qui come altrove, la liberazione dalla dittatura perchè ad essa non si accompagnassero subito grandi speranze di riscatto immediato da tutti gli errori, le violenze, le storture subite da questa regione e dalle sue popolazioni di lingua italiana e di lingua tedesca dall'oppressione fascista e, successivamente, dalla brutale soggezione alla logica dell'occupazione nazista.

A trent'anni di distanza è pur giunto il momento di affidare agli studiosi - ma prima ancora a noi stessi come uomini politici e democratici - il compito di rivedere criticamente anche le regioni storiche che hanno reso più lento del previsto e più travagliato del dovuto quell'atteso riscontro.

La crisi della nostra autonomia - elemento essenziale e maggiormente visibile del nuovo corso che il regime democratico e costituzionale avrebbe dovuto storicamente imprimere alle vicende trentine e altoatesine - va pure spiegata e analizzata se vogliamo oggi poterci giustamente rinfacciare alla visione della nuova autonomia, nata appunto da quella crisi, scaturita da un impegno rinnovato e unitario delle forze democratiche, dovuta infine alla sconfitta inflitta sul piano parlamentare e sul piano delle coscienze alle forze ad essa contrarie: forze che spesso hanno tratto origine e vigore dal retaggio difficilmente cancellabile in tempi brevi del vecchio Stato autoritario e centralista, scarsamente o per nulla incline a fare del problema delle minoranze un proprio problema di civiltà, ostinatamente e ostentatamente propenso a lasciare assopire l'attuazione degli impegni presi anziché vivificarli con una propria attiva, puntuale, precisa presenza operativa.

Certo: il ritorno alle libertà democratiche, la conquista delle garanzie costituzionali, il piacere di ritrovarsi immersi nel pluralismo dialettico delle idee e

dei partiti che le esprimono, il gusto di acquisire ciascuno il proprio peso nelle Assemblee elettive attraverso il libero confronto elettorale, costituiscono nell'immediato dopoguerra - assieme all'ansia della ricostruzione, al tenero abbraccio di tanti fratelli divisi dall'immane tragedia, all'assillo riparatore di tante ingiustizie umane e personali - altrettanti momenti esaltanti e importanti.

Certo, altrettanto esaltante e importante fu il constatare che le nostre popolazioni - pur avendo vissuto in prima persona la deteriore esperienza dei nazionalismi esasperati ed esasperanti - non avevano smarrito la loro acuta aspirazione alla pace.

Ma non c'è dubbio che anche sul nuovo quadro non cessavano di pesare l'inesperienza all'esercizio democratico delle proprie aspirazioni e delle proprie volontà di scelta, la memoria insopprimibile delle molte deviazioni subite dalla coscienza in tanti anni di dittatura, il sospetto e la diffidenza provocati dalla lunga commedia degli inganni recitata dagli opposti nazionalismi. E inoltre presava - e fino a pochissimo tempo fa ha continuato a pesare - l'incerta vocazione dello Stato a risolvere positivamente il proprio rapporto non solo con le minoranze ma anche, e in senso più generale, il problema della propria struttura regionale.

L'Accordo di Parigi, a prescindere dal momento assai difficile

in cui esso maturò e dal tipo di sintesi che con esso riuscì a compiere fra spinte e sollecitazioni di natura assai diversa e spesso anche contrastante, fu certamente un atto importante di volontà e di principi per una democrazia giovane come quella italiana del primissimo dopoguerra. Si può dire anzi che le sue enunciazioni hanno avuto e conservano tuttora una importante serie di contenuti anticipatori di un modello corretto e aperto di convivenza fra gruppi diversi. In esso, inoltre, fu immediatamente avvertita la presenza della grande trasformazione istituzionale che era avvenuta e stava progredendo nel nostro Paese.

Bastava tutto questo?

Guardando con attenzione alle vicende seguite nel nostro Paese e nella nostra regione dal 1946 ad oggi mi pare di poter dire che non questa, obiettivamente, è la domanda che oggi, in una condizione storica obiettivamente mutata, è giusto ed utile porsi.

Un'altra è la domanda alla quale è doveroso dare una risposta: perchè tutto ciò non bastò? Che cosa, negli anni successivi, contribuì a porre tante volte in discussione pur nella loro stabilità che non è mai stata posta in dubbio e che continua ad essere la premessa anche del nuovo quadro autonomistico locale - del quale siamo, senza trionfalismi, orgogliosi - le prospettive che scaturivano da quell'Accordo?

E' giusto dire, mi pare, che le ragioni di tutto ciò sono molte e non tutte facilmente esem-

plificabili.

Certe esasperate lentezze nel dare attuazione completa e convincente al primo quadro autonomistico regionale scaturito dall'Accordo di Parigi; certa trasparente negligenza a vari livelli dello Stato e della stessa opinione pubblica nel dedicarsi con convinzione ai problemi delle minoranze; certa superficialità nell'informazione generale sui travagli lasciati allo scoperto dal passato regime in sede locale; certe indecisioni a portare fino in fondo l'esame critico della nostra storia e dei riflessi che essa ha avuto in questa zona di confine; certi scollamenti avvenuti fra le forze politiche anche democratiche nella gestione dell'autonomia e certe resistenze mai sopite nel dare il via a forme autentiche di autogoverno; tutti questi elementi vanno, uno a uno, attentamente rivisti e attentamente verificati se vogliamo prima o poi individuare le ragioni che hanno portato a un logoramento forse troppo precoce di alcuni degli strumenti autonomistici nati fra grandi speranze ad appena tre anni dalla fine della guerra quale espressione diretta delle garanzie costituzionali nate dalla Resistenza, dalla lotta antifascista, dalla conquista democratica.

Un elemento, però, mi pare giusto cogliere a questo punto ed è questo: dalla provvisoria crisi dell'istituto autonomistico locale è stato possibile uscire solo e quando le forze poli-

tiche democratiche hanno ritrovato una loro solidale e convinta adesione nel dare a questa regione e alle due province che la compongono strumenti nuovi, rinnovati e soprattutto avanzati.

Quanto ciò è potuto avvenire, magari recuperando ritardi anche vistosi nel trovare un allineamento su questa prospettiva non solo se passati da una situazione di crisi a una nuova e importante fase di attività creativa intorno al nuovo Statuto, ma si è anche raggiunto l'importante obiettivo politico di isolare le forze antiautonomistiche, di sconfiggere i nazionalismi contrapposti, di interrompere un pericolosissimo processo di infiltrazione di forze eversive che al di qua e al di là del Brennero avevano individuato nella cosiddetta questione altoatesina un'isperata occasione di rimescolamento e di restaurazione di non sopite tentazioni totalitarie.

La risposta che il Parlamento italiano ha dato a quanti già si apprestavano a cogliere risultati devianti dall'incerto quadro della nostra autonomia è stata una risposta precisa, matura e - ripeto - avanzata.

Ed è una risposta che è giusto ricordare e sottolineare oggi mentre questo Consiglio regionale celebra la Vittoria dell'antifascismo di trent'anni fa e mentre auspica che l'ormai abbastanza prossima attuazione completa della nuova autonomia porti - oltre alla ricondiazione definitiva tra lo Stato e le proprie minoranze e a un accresciu

to rispetto per tutti i gruppi che operano in questa regione - anche alla instaurazione di un modello sicuro di convivenza in una terra per troppo tempo lacerata e divisa.

Signori Consiglieri!

Il lungo e travagliato approfondimento che questa Assemblea ha dedicato fin dall'atto della sua nascita e in momenti di importanza determinante per le nostre vicende ai temi delle autonomie, ci porta a constatare con soddisfazione che - sia pure fra ritardi, contraddizioni e debolezze non ancora certamente superate del tutto - lo Stato ha compiuto lo storico passo di abbandonare la sua struttura centralistica per darsi la nuova struttura costituzionale di Stato regionale.

Sappiamo tutti quanto lungo sia ancora il cammino da percorrere perchè tale struttura sia in grado di assumere pienamente tutta la forza che le compete e tutta la capacità operativa che le spetta.

Sappiamo però anche che molto forte è la sollecitazione delle forze democratiche perchè ciò avvenga e perchè da ciò scaturisca un vigoroso sforzo di superamento dei molti squilibri, dei molti dislivelli, delle molte carenze che ancora segnano dolorosamente vasti settori del nostro Paese.

In una occasione come quella che oggi stiamo celebrando è però importante ricordare come uno degli obiettivi principali dello Stato espresso dalle Regioni, u-

no dei temi centrali dei dibattiti e degli incontri che le Regioni stesse ormai periodicamente organizzano, sia quello dell'antifascismo.

Al tema "Regioni, Resistenza e Costituzione" si è legato il convegno ospitato nel marzo dello scorso anno dalla Regione Piemonte. A una indagine regionale sul neofascismo si è ispirato un convegno ospitato nel successivo mese di dicembre dalla Regione Calabria proprio in quella città, Reggio, che è stata teatro di aspre e sanguinose provocazioni della destra eversiva. All'impegno antifascista ci si è richiamati anche quando gli uffici di presidenza dei Consigli regionali di tutta Italia sono stati ricevuti dal Capo dello Stato, Giovanni Leone, al quale va il nostro deferente ossequio.

L'analisi del grave fenomeno eversivo neofascista in tutti i suoi aspetti scoperti o nascosti o mascherati è ben presente nel nostro Paese a livello regionale. E ciò, io penso, è tanto più importante e significativo in quanto in questo sedi balzano con maggiore immediatezza allo scoperto certe persistenti situazioni di squilibrio sociale, certe espressioni di crisi non soltanto economica ma istituzionale, certe mai corrette inefficienze della struttura pubblica e dei suoi apparati, certe gravi depressioni di carattere culturale ed umano che - purtroppo la storia lo insegna! - aprono gli spazi più ampi e offrono occasioni insperate di manovra, di speculazione, di

provocazione, a fenomeni come il malcontento, lo scetticismo, la sfiducia, che spesso sono immediatamente a monte del fascismo latente o organizzato.

"Tutto nella storia si collega - ha detto al convegno di Reggio Calabria il Presidente del Consiglio regionale della Lombardia - e noi ancora oggi paghiamo, nelle difficoltà del rapporto fra lo Stato e il cittadino, le incertezze, gli errori, le paure di quanti durante il faticoso e sofferto travaglio dell'Unità d'Italia, privi legiarono certe classi a svantaggio di altre: salvo poi rivalutare e blandire le classi meno fortunate quando si trattò di ricorrere ad esse".

Ecco perchè - fu detto allo stesso convegno delle Regioni - la presenza attiva delle Regioni si pone come momento fondamentale per avviare nello Stato la necessaria correzione di questa ambigua ma, soprattutto, pericolosa situazione. "Ecco quindi il rompere di una profonda vocazione regionalistica indirizzata a reclamare il giusto spazio che la Costituzione assegna all'autonomia e non al semplice scopo di strappare qualche pezzetto in più al potere centrale per farne un atto di potere decentrato, ma per dare vita a un ampio processo di partecipazione, esaltando la funzione a lungo repressa degli enti locali, favorendo nuovi strumenti di democrazia, allargando la sfera d'azione dei sindacati democratici dei lavoratori, valo-

rizzando il momento di incidenza delle forze politiche democratiche e popolari, realizzando - pur nell'ambito delle diverse funzioni - una larga convergenza per la rinascita delle popolazioni e della società nel suo complesso: in una parola assumendo il ruolo di soggetti attivi sul piano della programmazione democratica".

E' in questo ambito di convincimenti e di criteri, signori Consiglieri, che noi tutti - uomini politici dei partiti democratici, forze sociali, lavoratori, esponenti della cultura, imprenditori, studenti - dobbiamo trovare la forza, la intelligenza, la volontà di far uscire il Paese dalla difficile situazione nella quale esso versa e di far ripartire con efficiente celerità il processo riformistico delle sue strutture sociali.

Ancora una volta sui democratici incombono precise responsabilità che vanno tutte - anche se investono situazioni diverse - nella linea di una ragionevole riflessione sui significati, sugli insegnamenti, sulla lezione emersa dalla Lotta di Resistenza che fu lotta di giustizia, lotta di eguaglianza, lotta per la soppressione del privilegio, dell'autoritarismo, dell'oscurantismo culturale.

Quattro anni fa, il 25 aprile a Bolzano ci trovammo tutti - uomini politici democratici di lingua italiana e di lingua tedesca - impegnati in una riflessione molto profonda, molto impegnata, sui fatti di cinquant'anni

prima quando l'Alto Adige aveva subito una prima, dura e ammonitrice percossa dalle squadre fasciste che aveva lasciato un ampio segno di sangue sulla città. All'indomani di quella manifestazione pensammo di raccogliere tutti i contributi che ad essa erano pervenuti in una pubblicazione che intitolammo non senza significato "Prospettive".

Il nostro tempo - scrivemmo allora accentuando il raffronto col passato regime - è prodigo di ammonimenti.

L'esperienza di ogni giorno ci insegna che è una storia di tipo nuovo quella che, quotidianamente, ci sforziamo di creare ciascuno nel proprio ambito di responsabilità, di impegni, di dedizione: ciascuno con la propria capacità operativa, con la propria coscienza civile, con la propria disposizione all'errore.

Una storia che non ha più nulla di fatidico, che non conosce avvenimenti voluti dal destino.

Una storia affidata totalmente e interamente all'uomo, alla dialettica anche aspra del rapporto politico ad esso instraurata, ai successi o agli insuccessi delle sue lotte d'ogni giorno: siano esse rivolte al raggiungimento di una condizione umana collettivamente più elevata; al suo affrancamento dai bisogni più elementari; alla elaborazione di un sistema che sia garante della sua sicurezza sociale; alla difesa del suo patrimonio ideologico, culturale,

religioso; alla organizzazione, infine, del territorio secondo obiettivi di comune e generale interesse.

Per tracciare questa nuova storia, signori Consiglieri, io rinnovo qui l'impegno di tutto il Consiglio regionale.

Per un avvenire migliore, nel segno della libertà e della democrazia, io qui impegno tutti voi e me stesso ad una dedizione quotidiana, assoluta, senza incertezze.

Contro ogni nuova minaccia al

la pacifica convivenza in questa terra, contro ogni ritorno al fascismo, io rendo onore - a nome di tutti voi - a quanti contro il fascismo hanno combattuto e combattono; a quanti, soprattutto, in questa lotta hanno perso la vita.

Ringrazio i signori Consiglieri, le Autorità, le rappresentanze politiche e sindacali che hanno accolto l'invito a questa manifestazione, dimostrando in tal modo la loro adesione ai valori della Resistenza, della Libertà e della Democrazia.

La seduta è tolta.

Il Consiglio sarà convocato a domicilio.

(Ore 12.10).